rungsschichten heranzuziehen, die bis jetzt, auf Grund des vorherigen Wahlgesetzes, keine Wahlrechte besaßen, und desgleichen der Duma konstitutionelle Rechte zu sichern“.

Am 31. Oktober wurde in Moskau auf Beschluß des Streikkomitees der Streik für beendet erklärt. Am 3. November wurde seine Beendigung auch in Petersburg vom Arbeiterdeputiertenrat beschlossen. Der Eisenbahnverkehr begann schon am 31. Oktober wieder zu funktionieren, auf anderen Eisenbahnlinien vom 5. November ab.

Der kolossalste Streik, den die Welt je gesehen hat, hörte auf, indem er den Gegner zur Kapitulation gezwungen hatte.

V.

Vom 31. Oktober bis zum Dezemberaufstand.

Der Oktoberstreik konnte nicht den vollständigen Sturz des alten Regimes bewirken, doch hat er sehr wesentliche Konzessionen für die Befreiungsbewegung errungen.

Wie konnte nun das Proletariat diese Konzessionen zum Zwecke der weiteren Entwicklung der Revolution ausnützen? Es handelte sich darum, ob die Konstituante auf revolutionärem Wege zu erringen, oder ob sie vom alten Regime einzuberufen sei.

Daß die Regierung ein Parlament einzuberufen sich verpflichtete, bedeutete bei weitem noch nicht, daß wir nun auch eine Konstitution erhalten würden; aber sollte das Parlament einmal einberufen sein, so konnte es nichts anderes als ein Organ des Kampfes gegen die Mächte der alten Gesellschaft werden. Die Bourgeoisie und ein Teil der Intelligenz konnten wohl „sinnlose Hoffnungen“ hegen, daß mit der Einberufung der Reichsduma die Revolution ein Ende nehmen werde, aber die Sozialdemokratie konnte unmöglich ebenso denken, es lag kein Grund vor, die Duma etwa zu fürchten. Sie mußte die Reichsduma von einem ganz anderen Gesichtspunkte aus betrachten, nämlich von dem Gesichtspunkte der Organisation und Heranziehung der Bevölkerung, besonders aber der Bauernschaft zu bewußtem politischem Leben. Nichts konnte diesem Zwecke besser dienen, als zunächst die Wahlagitatio unter der Bauernbevölkerung und dann erst recht der Kampf der Duma selbst gegen die Regierung. Dieser Kampf war auch unvermeidlich. Die Duma konnte unmöglich der Schauplatz einer Übereinkunft zwischen den Bauern und der Bürokratie, der Vertreterin der Feudaladelinteressen, werden, da

der Gegensatz zwischen diesen beiden unveröhnlich ist. Unvermeidlich mußte es zu einem Zusammenstoß mit der Bürokratie auch von seiten derjenigen Bevölkerungsschichten kommen, die unter dem Eindruck der Bauernbewegung zu der Überzeugung gelangt waren, daß wesentliche Konzessionen den Bauern gegenüber unumgänglich seien; hierher gehörten ein großer Teil der Intelligenz und die gebildeten Schichten der Bourgeoisie und des Adels. Das alles konnte als Beweis dafür dienen, daß die Duma, wenn auch vom alten Regime berufen, nichts anderes werden konnte, als ein Schauplatz des Kampfes gegen eben dieses Regime, daß sie folglich eine Etappe auf dem Wege zur Revolution zu betrachten sei. Dagegen waren in jenem Moment keine Ausichten vorhanden, daß eine auf revolutionärem Wege einberufene Konstituante eine solche Etappe zur Revolution zu werden vermochte.

Unter den Bauern dauerte der Aufruhr fort. Unter dem Eindruck der proletarischen Bewegung nahmen die Bauernrevolten an Ausdehnung und Intensität zu, blieben aber noch immer eine unberechenbare, revolutionäre Kraft. Indem die Bauernbewegung die Herrschaft der Grundbesitzer zu stürzen bestrebt war, griff sie somit die Bürokratie und die Monarchie an; der Zusammenhang zwischen der Herrschaft des feudalen Grundbesitzes und den anderen herrschenden Kräften der alten Gesellschaft blieb dem Bewußtsein der Bayern schwer zugänglich.

Als eine im Grunde genommen revolutionäre Kraft, die jedoch jedes politischen Bewußtseins und Verständnisses entbehrt, konnte die Bauernschaft bei dieser politischen Situation nicht als ein Kampfes- und Bundesgenosse, auf den im Moment eines Aufstandes zu rechnen war, in Betracht gezogen werden. Ihren überlieferten Anschauungen und Gefühlen nach recht monarchisch gesinnt, konnte die Bauernschaft in dem Moment eines ersten Versuches, die Monarchie wirklich zu stürzen, in eine konter-

revolutionäre Kraft umbilden und auf Grund trügerischer Verheißung seitens der Monarchie sich gegen die revolutionäre Städtebevölkerung wenden.

Die revolutionäre Gärung in der Stadt und auf dem flachen Lande konnte nicht ohne Einfluß auf das Militär bleiben, aber infolge der außerordentlich schwierigen Bedingungen einer unmittelbaren Agitation und Propaganda in der Armee mußte der Einfluß der Revolution auf die Armee einen noch unbestimmteren, unberechenbareren Charakter tragen. Vereinzelt Soldatenrevolten, die meistens auf dem Gebiete der rein ökonomischen Forderungen des alltäglichsten Soldatenlebens bald hier bald dort entstanden waren, übten einen sehr schwachen Einfluß auf die Armee im allgemeinen aus, und dieselben Soldaten, die heute Aufrechter waren, wurden am nächsten Tage als Wiederhersteller der Ordnung verwendet, wobei gerade diese am bestialischesten verfahren. Eine viel bedeutendere und ernstere revolutionäre Stimmung entstand unter denjenigen militärischen Schichten, worin das städtische Element stärker vertreten war, nämlich bei der Marine und unter den Sappeuren. Die Hauptmasse der Armee, die Infanterie, die hauptsächlich aus Bauernsöhnen bestand, blieb dagegen als ein gehorsames Werkzeug in den Händen der Regierung.

Am 31. Oktober, dem Tag nach der Veröffentlichung des Freiheit und die Unantastbarkeit der Person verheißenden Manifestes, organisierte und vollführte die Regierung in 85 Städten die grausamsten und blutigsten Pogrome mit Hilfe der „Schwarzen Hundert“. Damit wollte sie dem revolutionären Volke das „regierungstreue Volk“ entgegenstellen. In den meisten Pogromen traten die „Schwarzen Hundert“ als unbedeutende kleine Banden auf, aber überall unter der Mitwirkung und dem Schutze der Polizei und des Militärs. In einer ganzen Reihe von Städten (Kiew, Odessa, Jekaterinoflaw, Kremenetschug und anderen) beteiligten sich an den Pogromen nicht nur die Kosaken, sondern auch die

Infanterie als die aktivsten Teilnehmer im Plündern, Morden und Rauben. Das Militär in seiner Gesamtmasse war also eine ausgesprochen reaktionäre, der „Schwarzen Hundert“ verwandte Macht, die die Regierung ohne besondere Mühe gegen die Feinde zu stellen vermochte, indem sie ihre bestialischen Instinkte aufstachelte. Selbst in den Großstädten waren die Elemente der „Schwarzen Hundert“ nicht so unbedeutend, wie man es sich zuerst vorgestellt hatte.

Die gesamte Masse des städtischen Kleinhandlertums, und an manchen Orten die rückständigen Elemente des Proletariats, konnten im geeigneten Moment der Regierung als Stütze dienen. Bei aller Einmütigkeit des Oktoberstreiks gelang es doch selbst in Petersburg nicht, das Schließen eines größeren Teils der Läden zu erzwingen; sie blieben trotz des Beschlusses des Arbeiterdeputiertenrates und der Bemühungen der Handlungsgehilfen geöffnet.

In Moskau ereignete sich am 28. Oktober das Folgende:

Als die Streikenden an die Krämer des „Dchotnij-Mjad“ (Jagdmarkt)* die Aufforderung richteten, ihre Läden zu schließen, „stürzten diese sich mit Knütteln, Brettern und Messern bewaffnet auf die Streikenden und schlugen wie Berserker blind darauf los“.

Am 30. Oktober wurde eine größere Anzahl Streikender von etwa 600 Mann in dem Marienhain von den Arbeitern der benachbarten Fabriken angegriffen, wobei man mit Brecheisen, Beilen und anderen Werkzeugen auf die Streikenden losschlug. „Die Einwohner des Marienhain traten auf die Seite der Angreifenden. Dem Gemehel wurde erst mit Hilfe der herbeigeeilten Kosaken ein Ende bereitet.“

* Dieser Hain ist der Aufenthaltsort von allerhand Mob, Lumpenproletariat und der elendesten, verkommensten Bevölkerung; in demselben Viertel befindet sich auch das berühmte „Nachtasyl“ für sogenannte „Barstißler“. „Dchotnij-Mjad-Volk“ ist gleichbedeutend mit Gannervolk, Barstißler oder Lump. Der Übersetzer.

Die Elemente der „Schwarzen Hundert“ waren im Oktober in den Städten zwar nicht eine geschlossene organisierte Macht, wie das Proletariat und die Intelligenz damals war; deshalb konnten sie keine wesentliche Dissonanz in die Oktoberstreikbewegung hineinbringen; aber sie repräsentierten schon im Oktober einen ansehnlichen Prozentsatz der städtischen Bevölkerung.

Abgesehen von diesen Elementen der „Schwarzen Hundert“ zeigte auch die Bourgeoisie, die während des Oktoberstreiks das Proletariat unterstützt hatte, und ebenso ein bedeutender Teil derselben Intelligenz, die im Oktoberstreik eine so aktive Rolle gespielt hatte, gar keine Neigung, — nachdem das Manifest vom 30. Oktober veröffentlicht war —, mit bewaffneter Hand das alte Regime zu stürzen, um an dessen Stelle eine revolutionäre Regierung zu setzen.

Es blieb also nur das werktätige Proletariat, das für einen bewaffneten Aufstand zu haben war. Aber das Proletariat allein für sich war zu schwach, um dem alten Regime einen tödlichen Schlag zu versetzen.

Das waren also die objektiven Verhältnisse, die dem Proletariat gebieterisch diktierten — unter der drohenden Gefahr gänzlicher Isolierung —, sich davor zu hüten, jetzt, kurz nach der Verkündung des Manifestes, auf dem Wege des bewaffneten Aufstandes seine Pläne zu verwirklichen, sondern sich auf das eben Erungene, auf die Duma zu stützen, um diese zur Basis der weiteren revolutionären Kämpfe zu machen.

* * *

Im Oktober sah die Regierung sich gezwungen, Zugeständnisse zu machen vermöge der Einmütigkeit der Bewegung seitens der städtischen Bevölkerung. Der Kampf, der sich auf Grund der Zugeständnisse und auf dem parlamentarischen Boden der Reichsduma entzünden konnte, wäre imstande gewesen, das ganze Land in einen unüberbrück-

baren Konflikt mit der Regierung zu bringen und diese zu völliger Kapitulation zu treiben.

Dieser logische Ausgang wurde vor allem neben anderen Einwirkungen durch das Manifest selbst gehindert. Alles, was darin versprochen war, schien ephemere zu sein: heute wurde es versprochen, morgen konnte es wieder zurückgenommen sein. In den Handlungen der Regierung war keine Spur von Konsequenz zu merken: die ersten Tage der verkündeten Freiheit wurden von den schrecklichsten Pogromen begleitet, die offenbar von Petersburg aus inspiriert waren. Die Regierung duldete einerseits unbegrenzte Freiheit und übte zur selben Zeit brutalste, rechtsverletzende Willkür, indem sie zum Beispiel die Vertreter des Bauernverbandes verhaften und über ganz Polen den Kriegszustand verhängen ließ.

Daraus konnte jeder Einsichtige die Schlussfolgerung ziehen, daß die Revolution noch nicht beendet, sondern im vollen Gange sei. Andererseits befanden sich unter der Bürokratie und dem Feudaladel noch viele Elemente, die nicht imstande waren, sich mit den neuen, im Manifest verkündeten Verhältnissen auseinanderzusetzen. Das Schwanken und die Inkonsistenz der Handlungsweise der Regierung waren bei solcher Situation unvermeidlich; aber das bedeutete keineswegs, daß die Errungenschaften des 30. Oktobers Schein und Trug waren. Es lag kein Grund vor zu glauben, daß die Regierung es jetzt wagen würde, von der Einberufung der Reichsduma Abstand zu nehmen, oder dieser keine gesetzgeberische Vollmacht zu gewähren, oder die Intelligenz und das Proletariat von der Beteiligung an den Wahlen auszuschließen. Es lagen im Gegenteil alle Gründe vor, zu erwarten, daß mit Hilfe der Organisation der gesellschaftlichen Kräfte auf dem Boden der Volksvertretung es schließlich gelingen würde, die Regierung zu weiteren Konzessionen zu zwingen, bis auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Reichsduma.

Mit Unrecht schätzte damals der „Bericht des Arbeiterdeputiertenrates“ den eben gewonnenen Sieg gering ein, indem er ausführte: „Eine Konstitution ist gegeben und der Absolutismus ist bestehen geblieben. Alles und nichts ist gegeben.“

Abgesehen von dieser falschen Einschätzung der errungenen Erfolge haben die darauffolgenden Ereignisse das Proletariat und selbst die Sozialdemokratie irregeführt. Wir nennen hier nur die allgemeine revolutionäre Aufregung, die als Folge der eben durchlebten Massenstreikbewegung zu betrachten ist, die — offenbar unter deren Einfluß — sich weit verbreitende, über 26 Gouvernements erstreckende Bauernbewegung und eine ganze Reihe von Soldatenrevolten (in Sebastopol, Kronstadt, Kiew, Jekaterinodar, Noworossisk und Charkow). Bei dieser revolutionären Aufregung wurden außerdem alle Berichte über die Unruhen stark übertrieben, so zum Beispiel die harmlose Demonstration der Sappeure in Kiew, die mit einer Niederlage endigte, wurde in Petersburg zu einem wirklichen Aufstand aufgebauscht; „Kiew — so hieß es — ist in den Händen des rebellierenden Volkes.“*

Die Reichsduma, die zu einer allgemeinen allrussischen Organisation sich entfalten und die breiten Massen der Bevölkerung um sich gruppieren konnte, trat in den Hintergrund, und an ihre Stelle trat eine rein proletarische Organisation, nämlich der Arbeiterdeputiertenrat. Das Petersburger Proletariat war das fortgeschrittenste, das entwickeltste wenigstens unter dem russischen Proletariat; es schuf seine Regierung, sein Arbeiterparlament. Der Arbeiterdeputiertenrat, der hinter sich den Oktoberstreik und um sich ein aufgeregtes, zum revolutionären Kampfe bereitendes Proletariat hatte, entfaltete sich vor den Augen der kopflosen, verworrenen Regierung aus einem Kampforgan bis zu gewissem

* „Natschalo“, Nr. 8.

Grade in ein machthabendes Organ. Die Regierung war genötigt, ihn zu dulden und mit seinen Beschlüssen, die oft in schroffstem Gegensatz zu ihren Plänen und Anordnungen stand, rücksvoll zu rechnen. Der Ministerpräsident Graf Witte zum Beispiel wies die Journalisten an, bis zur Veröffentlichung der neuen Preßgesetze die Preßzensur zu respektieren, der Arbeiterdeputiertenrat dagegen beschloß, daß die Drucker und Sezer nur in denjenigen Druckereien arbeiten durften, wo Zeitungen, die ohne irgend welche Zensur erscheinen, gedruckt werden, und dieser Beschluß des Arbeiterdeputiertenrates wurde strengstens durchgeführt. Noch vor der Veröffentlichung des Manifestes wurde ein Vereins- und Versammlungsgesetz veröffentlicht, wonach die Polizei jeder Versammlung beiwohnen durfte. Der Arbeiterdeputiertenrat dagegen beschloß, der Polizei keinen Zutritt zu den Versammlungen zu gewähren, und hielt seine Versammlungen unter dem Beiwohnen von ungeheuren Volksmassen ab, ohne die Polizei zuzulassen. Die Polizei kämpfte „um ihr Recht“, bei den Versammlungen anwesend zu sein, drang in verschiedenen Versammlungen ein, löste sie auf, aber vor den Türen des Arbeiterdeputiertenrates blieb sie zurück, sie wagte es nicht, das Arbeiterparlament anzugreifen.

Diese außerordentliche bevorzugte Stellung, die der Arbeiterdeputiertenrat einnahm, führte das Proletariat Petersburgs irre und demzufolge auch das Proletariat anderer Städte, die nach Petersburger Muster ihre Arbeiterdeputiertenräte schufen, und gab Anlaß, die Machtverhältnisse des Proletariats und der Revolution in diesem Moment zu überschätzen.

Dazu hat auch der Bauernverband einiges beigetragen, der bald nach dem 30. Oktober seinen Kongreß veranstaltete. Der Einfluß des Bauernverbandes auf die Bauern war unbedeutend und kann selbstredend mit dem des Arbeiterdeputiertenrates auf die Petersburger Arbeiter in keinen

Vergleich gezogen werden. Dennoch als Vertreter des Bauerntums auftretend, kam er der Stimmung, die damals in den proletarischen Reihen herrschte, entgegen. Freilich nicht als Vertreter jener unwissenden, politisch unreifen Bauernmassen, sondern im Namen jenes kleinen Häufleins von Klassenbewußten Bauern, die unter dem Einflusse der Partei der „Sozialrevolutionäre“ standen, trat dieser Bauernkongreß auf und beschloß, „alle diejenigen, die sich an den Dumawahlen beteiligen werden, als Verräter des Volkes zu erklären, nur für eine Konstituante einzutreten und zu diesem Zwecke eine entsprechende Agitation zu entfalten“. Diese klassische Beschlusfassung spiegelte damals nicht nur die Stimmung des Bauernkongresses ab, sondern ebensowohl auch die der gesamten proletarischen Massen, die der Sozialdemokratie folgten.

Die Reichsduma existierte damals für den Petersburger Arbeiterdeputiertenrat und die Sozialdemokratie nicht. Die Buliginische* Duma wurde von der Oktoberstreifbewegung hinweggesetzt, die soeben versprochene neue Duma sollte vom bewaffneten Aufstand hinweggesetzt werden. Erst nach der Niederlage des Dezemberaufstandes entstand für die Sozialdemokratie die Frage, ob man die neue Duma boykottieren oder nicht boykottieren sollte: in den sogenannten „Freiheitstagen“, im Oktober und November, bestand überhaupt keine Frage in bezug auf die Duma. Der kühnen Phantasie der sozialdemokratischen Führer zufolge war sie zum Sterben verurteilt, noch ehe sie geboren war.

Gleichzeitig mit dem Bauernkongreß fand damals in Moskau ein Kongreß der „Semstvoleute“ statt. Mit 156 gegen 12 Stimmen wurde eine Resolution, die mit folgenden Worten schloß, angenommen:

* Buligin, so hieß der Premierminister, der das Projekt des Reichsdumagesetzes vom 6. August 1905 ausarbeitete. Siehe oben S. 43.

„Der Kongreß erklärt, daß das einzige Mittel, die Auctorität der Volksvertretung und die der darauf basierenden Staatsgewalt zu sichern und gleichzeitig das wirksamste Mittel, Ruhe und Ordnung im Lande herzustellen, nur die Proklamierung eines Gesetzes sein könne, das die Anwendung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für die Wahlen einer Volksvertretung sichere und das der gewählten Volksvertretung offizielle konstituierende Vollmacht erteilt zum Zwecke der Ausarbeitung einer vom Kaiser zu bestätigenden Konstitution für das ganze Reich, und gleichfalls die Proklamierung eines weiteres Gesetzes, betreffs einer autonomen Verfassung Polens; ferner eines Gesetzes zum Zwecke einer Reorganisierung des Semstwo- und Kommunalwesens auf demokratischer Grundlage und zur Durchführung weiterer Maßregeln, die bei der Einführung einer neuen Staatsordnung notwendig seien. Außerdem müsse die erste zusammentretende Volksvertretung beauftragt werden, die Grundgesetze zu einer Reform der Rechtsverhältnisse des Grund und Bodens und der Arbeitergesetzgebung zu bestimmen.“

Der Semstwokongreß beschloß darauf, diese Resolution durch eine daselbst gewählte Delegation dem Grafen Witte zu überreichen. Das war ein unwürdiger Schritt, aber in der Resolution selbst wehte zweifellos der Atem der Revolution. Man sollte glauben, die Sozialdemokratie hätte keinen Grund gehabt, dieser Resolution gegenüber sich feindselig zu verhalten. Die Sozialdemokratie kämpfte für eine souveräne Konstituante, der Semstwokongreß verlangte eine Volksvertretung mit konstituierenden Funktionen; aber was bedeutete damals dieser Unterschied? Man hätte doch zuerst die Duma durch allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl sich aufbauen und zusammentreten lassen, der Bevölkerung Zeit und Möglichkeit geben sollen, sich um die Duma zu organisieren, und dann wäre die Duma dasjenige

geworden, was der revolutionären Stimmung und den revolutionären Machtverhältnissen im Lande entsprochen hätte. Die Sozialdemokratie hatte allen Grund, die Forderung des allgemeinen Wahlprinzips zu unterstützen, dazu brauchte sie ja nicht auf ihre alten Lösungen zu verzichten; es stand ihr nur die Aufgabe bevor: die auf Grund dieses Wahlprinzips gewählte Duma in eine souveräne Konstituante zu verwandeln. Aber statt diesen vernünftigen, realistischen Weg zu betreten, war die Sozialdemokratie bestrebt, eine Kluft zwischen dem Proletariat und den Semstwoleuten und Dumaanhängern zu schaffen, indem sie die letzteren für ihre radikale Resolution als Volksverräter und Volksfeinde brandmarkte. So schrieb zum Beispiel damals Genosse Swesdin:

„Auch wir sind bereit, den Semstwokongreß zu begrüßen, aber aus diametral entgegengesetzten Gründen: die Herren Bourgeois haben schließlich die Maske der Volksfreunde, abgelegt, offen und unverhüllt verraten sie die Sache der Freiheit. Wir danken ihnen dafür! Die Herren Semstwoleute und Dumaanhänger sind gegen eine Konstituante, wir sind dafür; sie sind für die Monarchie, wir sind für eine demokratische Republik; sie sind gegen die Revolution in ihren eigenen Interessen, wir sind für die Revolution im Interesse des Volkes. Zwischen den Freunden und Feinden des Volkes ist eine offene Kluft! Wir danken denjenigen, die diese Kluft vertieft und erweitert haben.“*

In demselben Parteiblatt** wurde der Semstwokongreß ebenso scharf gebrandmarkt: er wurde als Konterrevolution bezeichnet, bloß deshalb, weil er die Bestätigung der Konstitution vom Kaiser als notwendig betrachtete.

* Nr. 3 des Parteiblattes „Natschalo“, Swesdin: Die Herren Bourgeois und ihre Presse.

** „Natschalo“, Nr. 8.

Nun ward mit kühner Hand ein gerader, direkter Weg zur Revolution gezeigt: durch unmittelbaren, revolutionären Ansturm auf das alte Regime, zu dessen Niederschmetterung durch den bewaffneten Aufstand. Keine Zwischentappen! Nur diejenige Volksvertretung kann und darf einzig und allein als solche anerkannt werden, die vom revolutionären Volke selbst, nach dem Sturz des Absolutismus einberufen werden wird. Jeder aber, der in die von der alten Regierung einberufene Duma geht oder gehen will, der gehört zur Konterrevolution, in die Reihen der Volksverräter, die die Sache der Revolution verraten. Die Freiheit, die im Oktober erungen ist, muß jetzt zum Zwecke des Propagierens der Idee des Volksaufstandes dienen.

Diese Propaganda hing damals sozusagen in der Luft. „Der Arbeiterdeputiertenrat — sagt derselbe Genosse Swesdin an einer anderen Stelle* — hat den bewaffneten Aufstand durch seine gesamte Agitations- und Organisationsstätigkeit vorbereitet. In allen Zeitartikeln des „Berichtes des Arbeiterdeputiertenrates“, fast in allen seinen Resolutionen und Aufrufen, in den Reden, die auf den Sitzungen des Arbeiterdeputiertenrates gehalten wurden, in den von einzelnen Deputierten veranstalteten Rayonsversammlungen, in den Fabriken oder auf sonstigen Meetings — überall zeigte sich wie ein roter Faden der Gedanke der Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit eines bewaffneten, offenen Kampfes gegen den Absolutismus.“

Man könnte hier fragen, ob die Propagierung eines bewaffneten Aufstandes überhaupt irgendwelche Bedeutung habe. Alle bisher bekannten Aufstände waren immer und überall ein spontaner Ausbruch der Volksbewegung auf Grund äußerst zugespitzter Gegensätze. Der Aufstand bleibt immer dem Volke das äußerste Mittel, zu dem es sich nie im voraus vorbereitet, zu dem es aber greift im Augenblick

* Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates.

höchster Aufregung, Gefahr oder Verzweiflung. Die Propaganda für den bewaffneten Aufstand trug in den „Freiheitstagen“ den Charakter eines Aufrufs zum Aufstand. Die Zugeständnisse der Regierung wurden selbst als zeitweiliger Waffenstillstand verworfen. Eine von der Regierung einzuberufende Duma wurde als eine unsinnige Erfindung traktiert, die das Volk bereits weit überholt habe, und diejenigen, die diese Duma ausnützen wollten, wurden zu Volksverrätern gestempelt.

Eine gesellschaftliche Gruppe, die eine derartige Stellung zur Regierung einnahm, mußte notwendigerweise zum offenen Kampf mit dieser allzeit bereit sein, da es auf der Hand lag, daß die Regierung nicht erst den Moment abwarten werde, bis der Aufstand ganz vorbereitet und gerüstet sei, sondern den Kampf mit ihrem Feinde früher zum Ausbruch würde kommen lassen.

Auf eigene Faust konnte das Proletariat diesen Kampf nicht übernehmen, und Genosse Swesdin schreibt, daß der Arbeiterdeputiertenrat sich dessen wohl bewußt war und deshalb Bundesgenossen für den Fall eines Kampfes zu suchen begimme, indem er mit Soldaten- und Matrosenorganisationen in Verbindung getreten sei, und mit dem Bauernverband Unterhandlungen einleitete.

Wenn der Arbeiterdeputiertenrat glaubte, das gesamte Bauentum für den bewaffneten Aufstand schon dadurch zu gewinnen, daß er mit dem Bauernverband in Verbindung trete und dessen Zustimmung sich sichere, so könnte dies nur als Naivität erklärt werden, die in einer äußersten revolutionären Aufregung wohl begreiflich ist. Ebenso ephemere waren auch die Hoffnungen auf die Unterstützung der Armee. Die Verbindung mit den Petersburger Truppen war unzulänglich, um über die wirkliche Stimmung in der Armee urteilen zu können.

Diese neuen Bundesgenossen waren von zweifelhafter Zuverlässigkeit, und die alten, mit denen das Proletariat so-

eben den Oktoberkrieg gemeinsam durchgefochten hatte, hat es rücksichtslos von sich gestoßen.

Um in diesem gefährlichen, verhängnisvollen Moment die Kluft zwischen dem Proletariat und den Massen der Bourgeoisie und bürgerlichen Demokratie noch tiefer und klaffender zu machen, ließ die Sozialdemokratie in ihrem einflussreichsten Organ, „Natschalo“, die Idee einer Revolution in Permanenz und des unmittelbaren Überganges der bürgerlichen Revolution in eine soziale Revolution auftauchen.

„Es ist ja sehr möglich, daß bei gewisser Beharrlichkeit des Bürgerkrieges unsere Revolution, die als bürgerliche Revolution begann, als soziale Revolution ihr Ende nehmen wird.“ Zur Bekräftigung dieser Ausführung beruft sich der Autor auf „das Element der Zufälligkeit“, dessen Wirkung „die Entwicklung des Klassenkampfes unterworfen ist“.*

Noch entschiedener äußerte sich ein anderer Genosse:**

„Die Position des Proletariats als Avantgarde im revolutionären Kampfe, die unmittelbare Verbindung und Fühlung zwischen ihm und dem revolutionären Bauerntum, die Zauber macht, die ihm die Armee hinzuzieht, das alles führt das Proletariat unvermeidlich zum Machtbesitz. Der vollständige Sieg der Revolution bedeutet den Sieg des Proletariats. Besterer aber bedeutet einerseits eine Revolution in Permanenz. Das Proletariat verwirklicht die Grundaufgaben der Demokratie, und die Logik seines unmittelbaren Kampfes um die Sicherung seiner politischen Machtstellung stellt im gegebenen Moment rein sozialistische Probleme vor ihm auf. Die Revolution in Permanenz nimmt zwischen dem Minimumprogramm und dem Maximumprogramm Platz. Das ist nicht ein ‚Ansturm‘, nicht ein Tag und nicht ein Monat — das ist eine ganze historische Epoche. Es wäre Unsinn, sie im voraus zu berechnen.“

* „Natschalo“, Nr. 7, „Die Bauernfrage und die Revolution“.

** „Natschalo“, Nr. 10.

In derselben Nummer des „Natschalo“ erörtert ein anderer einflussreicher Genosse die Frage über die Diktatur des Proletariats als die Aufgabe des Momentes.

„Wir sind in ein neues Stadium der Revolutionsentwicklung eingetreten. Der Kampf wird jetzt nicht mehr um diese oder jene gesetzgeberischen Normen der Staatsordnung geführt, sondern unmittelbar um die Staatsgewalt selbst. Auf der Tagesordnung steht die Frage einer revolutionären Regierung, ganz gleich, ob der Weg dazu durch eine Konstituante führt oder außerhalb dieser liegt.“ Auf die Frage, welche politische Macht diese revolutionäre Regierung schaffen und unterstützen wird, antwortet Parvus: „Diese politische Macht — ist das revolutionäre Proletariat.“

Dieser Überschätzung der Machtverhältnisse des Proletariats entsprach die Unterschätzung der Machtverhältnisse seines Gegners. In Nr. 13 derselben Zeitung vom 11. Dezember, man kann sagen am Vorabend der Niederlage des Dezemberaufstandes, stand in einem Leitartikel folgendes: „Mit Sicherheit kann das Proletariat sagen: ich fürchte keine Reaktion, keine militärische Diktatur. . . Die Regierung kann nicht, sie wagt es nicht, jene blutigsten Pläne zu verwirklichen, mit denen die perverse, wollüstige Phantasie der Hofclique sich berauschen läßt. Nun, und wenn sie es doch wagt? . . . Nun, dann wird sie es erfahren, daß nicht die Revolution, sondern die Reaktion in dem vergossenen Blute extrinkt.“ . . .

So gestaltete sich die Ideologie, die das einflussreichste Organ der Sozialdemokratie, der damaligen Führerin des Proletariats, geltend machte.

Nun wollen wir sehen, wie zu dieser Zeit das Proletariat selbst verfuhr, wie seine Organisation — der Arbeiterdeputiertenrat — vorging. Offiziell als unparteiische Organisation geltend, trug der Arbeiterdeputiertenrat in der Wirklichkeit jedoch ein stark sozialdemokratisches Gepräge.

Der Arbeiterdeputiertenrat war die Realisation, die Verkörperung des sozialdemokratischen Einflusses und der sozial-

demokratischen Propaganda unter dem Petersburger Proletariat. Der größte Teil der Deputierten bekannte sich offen zur sozialdemokratischen Partei. — In der sozialdemokratischen Propaganda nahm die Idee des Achtstundentags einen ansehnlichen Platz ein. Der sogenannte dritte Parteitag der russischen Sozialdemokratie hat sich für eigenmächtige Einführung des Achtstundentags durch die Arbeiter ausgesprochen. Diese Idee war sowohl unter der „Mehrheit“ (Bolschewiki), sowie unter der „Minderheit“ (Menschewiki) sehr populär.

Das war eine unheilvolle Idee, die der Revolution nichts als Schaden bringen konnte. Entweder — oder! Entweder endet der Kampf mit einem vollständigen Sieg der Revolution; eine demokratische Regierung wird geschaffen, und dann ist die Einführung des Achtstundentags auf dem gesetzgeberischen Wege durch die Staatsgewalt ermöglicht und somit die gewaltsame, eigenmächtige Einführung desselben überflüssig, — oder der Kampf ist noch nicht beendet, dann bedeutet die gewaltsame Einführung des Achtstundentags einen so heftigen Ansturm auf die Kapitalistenklasse, der nur die Kräfte der Revolution schwächen konnte, er bedeutet die Verringerung der Aussichten auf Sieg und Erfolg.

Die hervorragende Stellung, die der Arbeiterdeputiertenrat nach dem 30. Oktober plötzlich einnahm, hatte ihm ebenso wie der ihn leitenden Sozialdemokratie eine schwere Verantwortlichkeit auferlegt, die sie veranlassen sollte, mit besonderer Vorsicht zu solchen Maßnahmen wie die gewaltsame Einführung des Achtstundentags zu greifen. Man konnte schon damals voraussehen, daß die gewaltsame Einführung des Achtstundentags den heftigsten Widerstand der Kapitalisten hervorrufen werde, daß der Kampf auf diesem Gebiete sie in die Arme der Reaktion treiben würde, was nur die Machtstellung der Regierung stärken müsse, und daß das Proletariat in diesem Kampfe sehr viel

Kräfte verschwenden werde, ohne dabei irgendwelche Aussichten auf Sieg und Erfolg zu haben. Chruschalew bemerkt in seiner sehr interessanten Schrift „Geschichte des Arbeiterdeputiertenrats“, daß gerade die unteren Schichten des Proletariats einen sehr starken Trieb zur eigenmächtigen, gewaltsamen Einführung des Achtstundentags fühlten. Das war nur natürlich nach jener ungeheuren Agitation, die darum geführt worden war. Aber die Führer der proletarischen Massen, ihre disziplinierten und bewußten Elemente sind doch einmal nicht dazu da, um den Launen der Massen blind zu folgen.

„Auf revolutionärem Wege wurde das Streikrecht, die Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit errungen. Warum denn nicht auf eben diesem Wege auch den Achtstundentag erringen?“ So formulierte Chruschalew die Stimmung, die unter den breiten Massen des Proletariats stark verbreitet war. Es war notwendig, auf energischste dieser Stimmung entgegenzuwirken, es war notwendig, den proletarischen Massen zu erklären; daß ein großer Unterschied zwischen dem Kampf um politische Freiheit und dem Kampf um den Achtstundentag sei; daß im ersten Fall das Proletariat alle produktiven Klassen der Bevölkerung, darunter auch seinen Feind — die Bourgeoisie — auf seiner Seite hatte, während es im Kampf um den Achtstundentag ganz isoliert stehen und ihn ganz allein führen müßte, ohne besondere Aussichten, einen Sieg davonzutragen, dagegen mit der allergrößten Wahrscheinlichkeit die Bildung einer Koalition zwischen seinen Gegnern — zwischen der Regierung und den Kapitalisten — begünstige.

Leider fand diese tollkühne Stimmung, die verhängnisvoll auf die späteren Schicksale des proletarischen Kampfes einwirkte, keinen Widerstand in den leitenden Kreisen der Sozialdemokratie. Die herauschende revolutionäre Aufregung trübte in diesem Moment das Bewußtsein der proletarischen Führer und machte sie ganz unfähig, die Machtverhältnisse

der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte richtig und nüchtern einzuschätzen und ihre Taktik danach zu richten.

Am 11. November, abends, dekretierte der Arbeiterdeputiertenrat die Einführung des Achtstundentags. Es wurde beschlossen, dieses Dekret vom 13. November an in Kraft treten zu lassen.

Die betreffende Sitzung des Arbeiterdeputiertenrates, in welcher er diesen verhängnisvollen Weg einschlug, schildert Chruschalew folgendermaßen:

„In der ordentlichen Sitzung des Arbeiterdeputiertenrates am 11. November teilten die Deputierten des Newstrayons mit, daß in den Fabriken ihres Rayons der Achtstundentag eigenmächtig auf revolutionärem Wege einzuführen sei. Diese Mitteilung wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. . . Darauf wurde eine Resolution, die Einführung des Achtstundentages betreffend, per Applikation angenommen, ohne die Frage zu debattieren, ohne darüber zuerst im Exekutivkomitee des Arbeiterdeputiertenrates zu verhandeln. Nur ein einziger Deputierter aus der Kanonengießerei erklärte, die eigenmächtige Einführung des Achtstundentages könne unmöglich eine Sache allein des Petersburger Proletariats sein, und nicht ohne Mitwirkung des Proletariats im ganzen Lande durchgeführt werden. Aber unter dem Eindruck der allgemeinen Stimmung beeilt sich auch dieser Deputierte hinzuzufügen, da der Arbeiterdeputiertenrat einmal so beschlossen hat, so wird auch auf der von ihm vertretenen Fabrik der Achtstundentag eingeführt werden. . . Jrgend jemand aus den hinteren Reihen rief dazwischen: „Ihr seid mit dem Absolutismus noch nicht fertig geworden und wollt schon den letzten Kampf mit den Kapitalisten beginnen!“ Dieser Zwischenruf verhallte in der Atmosphäre der allgemeinen gehobenen Stimmung. Niemand hat diese Bemerkung beachtet.“*

* Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates, Nr. 103.

Das Dekret des Arbeiterdeputiertenrates wurde energisch durchgeführt. Am 14. November umfaßte diese Bewegung fast alle Eisenwerke und alle größeren Fabriken. Das Proletariat arbeitete eifrig daran, die Kapitalisten in die Arme der Regierung zu treiben. Aber es vergaß auch die letztere nicht und begann ebenso eifrig die Regierung in die Arme der Kapitalisten zu treiben. Es schien, als ob es sich dies zur besonderen Aufgabe gestellt hätte, diese seine beiden Feinde engstens zusammenzuschweißen; es will nicht mit jedem von diesen getrennt kämpfen, sondern es forderte sie beide gleichzeitig zum Kampf auf. Am 14. November ließ es die kapitalistische Welt Petersburgs mit den Fähen knirschen, und am 15. November begann es auf den Staatswerken und Fabriken Petersburgs zu streifen, die Regierung dadurch zum offenen Kampf auffordernd.

In Kronstadt entstand eine Bewegung unter den Matrosen, die als eine Militärrevolte beginnend, mit einem Krawall endigte. Die Regierung überwies die Sache einem Feldgericht.

In ganz Rußland war die Streikbewegung zu dieser Zeit beendet, nur in Polen dauerte sie fort, von kolossalen Volksmanifestationen begleitet. Die Bewegung in Polen stellte die Forderung einer Autonomie auf. Die Regierung antwortete darauf mit der Verhängung des Kriegszustandes über ganz Polen.

Am 14. November wurde von der überwiegenden Mehrheit des Arbeiterdeputiertenrates bei einigen Stimmenthaltungen folgende Resolution angenommen:

„Der Arbeiterdeputiertenrat ruft das revolutionäre Proletariat Petersburgs auf, durch den allgemeinen politischen Streik, der seine furchtbare, wuchtige Kraft bewiesen hat, durch allgemeine Protestmeetings seine brüderliche Solidarität den Kronstadter Soldaten und den revolutionären Proletariern Polens gegenüber kundzugeben. Morgen, am 15. November, 12 Uhr mittags stellen die sämtlichen Ar-

beiter Petersburgs die Arbeit unter folgender Losung ein: 1. Nieder mit den Feldgerichten! 2. Nieder mit der Todesstrafe! 3. Nieder mit dem Kriegszustand in Polen und in ganz Rußland!"

Ebenso wie bei der Resolution betreffs des Achtstundentages erscholl auch hier eine vereinzelte Stimme des Widerspruchs, allein sie wurde von niemand beachtet und machte bei solcher Stimmung der Versammelten auch keinen Eindruck. Nur der Deputierte der Kasterjajewischen Metallfabrik erhob dagegen Einspruch. Er argumentierte so: „Wir haben unseren Kampf um den Achtstundentag noch nicht zu Ende gebracht; ein neuer Streik wird unsere Kräfte zersplittern, deshalb ist er unerwünscht. Unser Protest darf nur in der Form von Protestmeetings und Demonstrationen, nicht aber in Streiks sich äußern.“*

In seinem Aufrufe wendete sich der Arbeiterdeputiertenrat nur an „das revolutionäre Proletariat Petersburgs“, das er beherrschte, aber die gestellten Losungen bezogen sich nicht nur auf das Petersburger Proletariat, sondern hatten eine allgemein revolutionäre Bedeutung. Dem Streik aber schlossen sich nur die Petersburger Arbeiter an.

Die intelligenten Berufe, die den Oktoberstreik einmütig mitmachten, streikten jetzt nicht mit. Post und Telegraph funktionierten. Das Petersburger Proletariat demonstrierte im Novemberstreik seine Isoliertheit in Petersburg; aber noch schroffer demonstrierte es seine Isoliertheit in ganz Rußland: selbst vom Proletariat im ganzen Reiche war es isoliert.

Dieser Streik blieb nur ein Lokalkstreik. Das Land verweigerte es, ihn zu unterstützen. In Petersburg selbst flaute er halb ab. Am 17. November hatte das Exekutivkomitee dem Arbeiterdeputiertenrat einen Antrag unterbreitet, die Beendigung des Streiks zu proklamieren. Die Deputierten, die diesen Vorschlag unterstützten, argumentierten die Unauf-

* Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates S. 3.

schiebbarkeit dieser Proklamierung damit, daß an mehreren Fabriken die Stimmung eine niedergedrückte sei, daß die vorausgegangenen Streiks die Arbeiter völlig erschöpft hätten, daß nur eine Feststellung der Beendigung des Streiks nach zwei bis drei Tagen die Streikwelle, die immer tiefer sinke, aufrechtzuerhalten imstande sei.* Dieser Argumentation ungeachtet, beschloß der Arbeiterdeputiertenrat mit 400 gegen 4 Stimmen, den politischen Massenstreik fortzusetzen. Aber mit diesem Beschluß bewies der Arbeiterdeputiertenrat nur, daß er die Fühlung mit den Massen, und die Fähigkeit, die Massen zu führen, zu verlieren begann.

Am folgenden Tag, den 18. November, erwies sich die allgemeine Tendenz der Streikenden, dem Streik ein Ende zu machen, so einhellig, daß der Arbeiterdeputiertenrat genötigt war, seinen gestrigen Beschluß aufzuheben und die Beendigung des Streiks zu beschließen. Der Streik brachte also eine vollständige Niederlage. Statt eine Demonstration der Macht des Proletariats zu sein, wurde er zu einer Demonstration seiner Schwäche. Die Regierung hatte es leicht, triumphierend zuzuschauen, wie die Kräfte der Opposition sich zersplitterten, und den weiteren Fortgang der Ereignisse in ihrem eigenen Interesse auszunutzen. Nachdem das Petersburger Proletariat im Kampf mit der Regierung die Niederlage erlitten, kehrte es wieder zu seinen soeben verlassenen Positionen zurück, indem es den Kampf um den Achtstundentag wieder aufzunehmen versuchte. Aber die Regierung hatte sich gerüstet und auch die Bourgeoisie erhob ihr Haupt. Die vereinigten Kräfte der beiden so stark unterschätzten Feinde bereiteten dem Proletariat eine noch ernstere Niederlage.

Nach der Aufhebung des Massenstreiks nahmen die Kapitalisten eine drohende Haltung an. Die Besitzer von 72 Metallfabriken, der Textilfabriken, der Glashüttenwerke drohten

* Ibid. S. 120.

den Arbeitern mit allgemeiner Aussperrung, falls diese den Achtstundentag einzuführen versuchen würden. Die Regierung kam den Kapitalisten zu Hilfe und schloß eine ganze Reihe von Staatswerkstätten. Darauf folgte die Aussperrung in einer ganzen Reihe von Privatunternehmen. Gerade zu dieser Zeit wandelte sich die Haltung und politische Stimmung der Kapitalisten vollständig um: die gewaltsame Einführung des Achtstundentages warf sie in die Arme der Reaktion. Während des Oktoberstreiks pflegten die Kapitalisten, wie wir schon Gelegenheit hatten zu erwähnen, den Arbeitern einen Teil oder den vollen Arbeitslohn für die Streiktage auszusahlen und verhinderte sie nicht, in den Fabrikräumen Meetings abzuhalten. Niemand von den Streikenden wurde für seine Beteiligung an dem Streik ausgesperrt. Auf den Butylowschen (Staatswerken) und anderen Werken zahlte die Fabrikadministration den Arbeiterdeputierten ihren vollen Arbeitslohn selbst für die Tage, an denen sie in den Sitzungen des Arbeiterdeputiertenrates beschäftigt waren. Die Administration der Obuchowschen Werke stellte den Arbeiterdeputierten für ihre Fahrten in die Stadt das Fabrikdampfboot zur Verfügung. Jetzt schlug die Stimmung auf einmal um. Die Kapitalisten baten die Regierung um Beistand. In die Fabriken wurden Truppen geschickt, die Meetings verboten. Auf der Macsmellschen Fabrik wurden den Arbeiterdeputierten die Schlüssel der Fabrikräume, wo bisher Meetings abgehalten wurden, gewaltsam abgenommen. Als an der Kartonnagefabrik „Progreß“ die Arbeiter die Wiedereröffnung der Fabrikräume für Meetings forderten, antwortete der Fabrikbesitzer: „Keine Meetings mehr. Ihr stellt euch allzu hohe, anmaßende Aufgaben. Ihr wollt eigenmächtig und gewaltsam den Achtstundentag einführen.“*

Der Kampf um die Einführung des Achtstundentages auf revolutionärem Wege nahm einen aussichtslosen Charakter

an. Circa 100000 Arbeiter wurden auf das Pflaster geworfen. Nach langem Schwanken sah sich der Arbeiterdeputiertenrat genötigt, „es für notwendig zu erklären, vorläufig die gewaltsame Einführung des Achtstundentages einzustellen“. Bald darauf proklamierte der Arbeiterdeputiertenrat ein Dekret, daß „alle geschlossenen Fabriken geöffnet werden und alle ausgesperrten Genossen auf ihren Stellen wieder angenommen werden sollten“. Zur Unterstützung dieser Forderung beschloß er, „an die Solidarität des gesamten Proletariats Rußlands sich zu wenden, um, im Falle einer Ablehnung dieser Forderung, es zum allgemeinen politischen Massenstreik und zu anderen entschiedenen Kampfmitteln aufzurufen“.

Die Lage des Arbeiterdeputiertenrates schien in der Tat einen offenbar tragischen Charakter anzunehmen. Aus einer Kampforganisation, die offensiv auf die Gegner loszugehen pflegte, wurde sie zu einer defensiven. Die Taktik führte nicht mehr zur Hebung des Petersburger Proletariats, nicht zu neuen Siegen und Errungenschaften, sondern zu Niederlagen, zur schroffen und starken Verschlimmerung der Lage des Proletariats.

Jetzt mußte er nicht nur von solchen kühnen Wagnissen Abstand nehmen, wie zum Beispiel von der eigenmächtigen Einführung des Achtstundentages, sondern er mußte alle Kräfte anwenden, um die Wiederherstellung des Status quo, worauf das Proletariat unmittelbar nach der Liquidation des Oktoberstreiks sich befand, zu erringen. Zusammen mit dem auf einen Augenblick gewonnenen Achtstundentag gingen dem Proletariat auch die partiellen Errungenschaften verloren, die es bei einzelnen Unternehmungen gewonnen hatte. Die Vertreter des Kapitals griffen entschieden zu und um das Proletariat mitrbe zu machen, beeilten sie sich gar nicht, die geschlossenen Fabriken zu öffnen, trotz aller Drohungen und Dekrete des Arbeiterdeputiertenrates. Dieser wurde genötigt, bis zu einem gewissen Grade sich in

eine Organisation umzuwandeln, deren Aufgabe es wurde, denjenigen Arbeitern Hilfe zu schaffen, die durch die unter seiner Leitung vollzogenen Aktionen gelitten hatten. Von den 30 000 Rubel, die sich damals in den Kassen des Arbeiterdeputiertenrates befanden, mußte er 10 000 Rubel für die Errichtung von Volkstüchen für Arbeitslose verwenden.

Die Arbeiterdeputiertenräte in den anderen Städten — in Moskau, Kiew, Koston, Odessa, Jekaterinoslaw — folgten nicht dem Beispiel des älteren Bruders, des Petersburger Arbeiterdeputiertenrates; sie beschränkten ihre Taktik überall auf die Vereinigung des Proletariats, auf Organisation der Gewerkschaften, Förderung und Unterstützung der Arbeiter in ihren ökonomischen Kämpfen in einzelnen Unternehmungen, und somit bereiteten sie ein geschlossenes, organisiertes Auftreten des Proletariats im Falle eines bevorstehenden entschiedenen Kampfes vor. Leider aber hat kein einziger Arbeiterdeputiertenrat dieser Städte einen so kolossalen Einfluß auf die Massen gehabt, wie der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat ihn hatte, und nirgends, selbst in Moskau nicht, wäre die geschlossene Einigkeit des Proletariats und seine Kampfbereitschaft im Falle eines Angriffs seitens der Regierung von wichtigerer Bedeutung gewesen, wie in Petersburg. Demgegenüber will es scheinen, als ob das Petersburger Proletariat und seine Deputierten alles aufgewendet hätten, um ihre Kräfte zu verschwenden, ehe der Moment eines entschiedenen Kampfes mit der Regierung herangenaht war.

Die Niederlage des Petersburger Proletariats mußte die Aussichten auf Sieg und Erfolg des bald darauf entstandenen Post- und Telegraphenstreiks im höchsten Grade schwächen. Am 4. November wurde in Moskau der Post- und Telegraphenverband gegründet. Die Regierung wollte auf keinen Fall das Recht der Post- und Telegraphenbeamten, politischen Organisationen anzugehören, anerkennen, da diese im Staatsdienste stehen, sondern sie erklärte, daß für Staats-

beamte das Manifest vom 30. Oktober in bezug auf Koalitionsrecht nicht anwendbar sei. In diesem Sinne erließ der Hauptdirektor der Post- und Telegraphenverwaltung, Sawostjanoff, ein Rundschreiben an alle seine Beamten, worin er mit sofortiger Entlassung derjenigen Beamten drohte, die sich irgendwelchem Verband als Mitglied anschließen würden. Der Verband wurde gezwungen, um sein Dasein zu kämpfen. Diesen Kampf begann er mit dem äußersten Kampfmittel, mit der Proklamierung eines allgemeinen allrussischen Post- und Telegraphenstreiks. Dieser Streik wurde am 28. November durch die Delegiertenkonferenz der allgemeinen Post- und Telegraphenorganisation, die in Moskau tagte, beschlossen. Der Anlaß zum Streik war die Entlassung von fünf Beamten wegen ihrer Zugehörigkeit zum Post- und Telegraphenverband.

Gleich dem Eisenbahnerstreik versetzte der Poststreik der Regierung einen unmittelbar erschütternden Schlag, indem er ihren ganzen Staatsapparat zerstörte und die Verbindung zwischen der Zentrale der Staatsgewalt und seiner Peripherie vernichtete.

Die Regierung war gezwungen, vor dem Ansturm des Massenstreiks im Oktober zu kapitulieren, aber sie entschloß sich jetzt, jede Möglichkeit einer Wiederholung aufs entschiedenste zu bekämpfen. An sich selbst die Machtwirkung des Eisenbahnerverbandes erfahrend, wußte sie ganz genau, daß ein starker Post- und Telegraphenverband eine feste und stets gefährliche Stütze eines allgemeinen Massenstreiks werden kann, daher erklärte sich ihr Haß gegenüber dem entstehenden Post- und Telegraphenverband, daher ihre entschiedenste Bestrebung, diesen im Keime zu ersticken. Der soeben gewonnene Sieg über das Petersburger Proletariat und die auf dem Boden der Taktik des Arbeiterdeputiertenrates entstandene Spaltung in den Reihen der Opposition gaben der Regierung den Mut und die Entschlossenheit, den Kampf mit dem Post- und Telegraphenverband auf-

zunehmen. Andererseits konnte der Post- und Telegraphenstreik, der auf das gesamte Wirtschaftsleben im Reiche im höchsten Grade zerstörend wirkte, nicht als ein gewöhnlicher partieller Streik betrachtet werden. Er konnte nur als ein Teil des allgemeinen politischen Massenstreiks während der Revolution Sinn und Bedeutung haben. Unter solchen Voraussetzungen nur konnte der Post- und Telegraphenstreik seinem Zwecke entsprechen und als eines der stärksten Kampfmittel gelten, womit die Regierung am empfindlichsten zu treffen sei. Aber es schien, als ob die russische Revolution nach dem erfolgten Sieg des Oktoberstreiks die Fähigkeit verloren hatte, einmütig und in geschlossenen Reihen zu handeln. Der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat wollte weder mit der Stimmung der anderen Bevölkerungsklassen, noch mit der Stimmung des Proletariats selbst rechnen und proklamierte einen Streik, bei dem das Petersburger Proletariat isoliert dastand. Und wie zum Hohn darauf begann das Proletariat Polens, dessen Unterstützung einer der Beweggründe des Petersburger Novemberstreiks war, gerade in dem Moment die Arbeit wieder aufzunehmen, als das Petersburger Proletariat diese einstellte. Die Post- und Telegraphenbeamten, selbst die Petersburger — von den Beamten anderer Städte kann kaum die Rede sein —, waren damals um so weniger entschlossen, den Novemberstreik zu unterstützen, als ihr Verband noch im Werden und die Hoffnung auf seine Anerkennung und Legalisierung seitens der Regierung noch nicht aufgegeben war. Nachdem das Petersburger Proletariat unter dem gemeinsamen Angriff der Regierung und der Bourgeoisie machtlos daniederlag, nahm der Post- und Telegraphenverband den Kampf mit der Regierung neu auf. Die Regierung ging triumphierend von einem Sieg zum anderen, indem sie ihre getrennten Feinde einen nach dem anderen niedermachte und inzwischen, während des Kampfes, Bundesgenossen aus den Reihen ihrer vormaligen Feinde zurückgewann.

Der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat unterstützte den Post- und Telegraphenstreik, mit allen Kräften. „Das Exekutivkomitee des Arbeiterdeputiertenrates sandte auf die Meetings der Post- und Telegraphenbeamten und Arbeiter seine Redner, verfaßte, druckte und verbreitete die Aufrufe, Flugblätter und Proklamationen des Post- und Telegraphenverbandes, leistete den Streikenden materielle Hilfe, organisierte Arbeiterpatrouillen, um die Streikbrecher von der Arbeit wegzuscheuchen.“*

Den Erfolg des Post- und Telegraphenstreiks konnte nur der Eisenbahntelegraph beeinträchtigen. Das Exekutivkomitee des Petersburger Arbeiterdeputiertenrates wandte sich nunmehr an alle Eisenbahntelegraphisten mit einem Aufruf, worin er sie aufforderte, nur amtliche, auf den Eisenbahndienst bezügliche Telegramme und keine anderen, besonders aber keine Regierungstelegramme zu befördern. Eine Zeitlang wurden Privattelegramme nur mit Erlaubnis des Arbeiterdeputiertenrates durch den Eisenbahntelegraphen befördert.**

Die Regierung nahm zu dieser Zeit eine abwartende Stellung ein. Sie prüfte zuerst ihre Kräfte und wollte es nicht wagen, den Kampf mit der Revolution in ihrer ganzen Front aufzunehmen. Sie zog es vor, selbst der Revolution in einzelnen Fällen nachzugeben, wie zum Beispiel in dem Fall, der sich in Kuschka ereignete.

„Als in der Station Kuschka der dortige übereifrige Kommandant den Ingenieur Sokolow und andere Eisenbahnbeamten dem Kriegsgericht überlieferte, und als dies Gericht die wegen Agitationsstätigkeit Angeklagten zum Tode verurteilte, hatten die Eisenbahnerorganisationen der Regierung das Ultimatum gestellt: falls dieses Todesurteil bis zum 5. Dezember 8 Uhr abends nicht zurückgenommen,

* Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates, S. 140.

** Ibid. S. 41.

würden alle Eisenbahnlinien den Streik proklamieren. Fünf Minuten vor 8 Uhr abends teilte der Verkehrsminister Nemeschajew den betreffenden Eisenbahnbeamten mit, daß die Vollziehung des Urteils aufgehoben sei.“ „Durch diese Anordnung,“ fügte Chruschalew hinzu, „hat die Regierung ihre Machtlosigkeit demonstriert.“*

Dem Genossen Chruschalew gegenüber ist hier einzuwenden, daß es für die Regierung im höchsten Grade töricht gewesen wäre, auf Grund der unsinnigen Handlung irgend eines Präshwinfelfommandanten den Kampf aufzunehmen. Ihre Nachgiebigkeit am 5. Dezember verhinderte die Regierung jedoch nicht, am 8. Dezember dem Arbeiterdeputiertenrat den Fehbehandelschuh ins Gesicht zu schleudern, indem sie den Vorsitzenden des Rates, Chruschalew, verhaften ließ.

Der Arbeiterdeputiertenrat beantwortete diese Maßregel mit folgendem Aufruf:

„Am 9. Dezember beschloß der Arbeiterdeputiertenrat folgende Resolution: Am 8. Dezember wurde der Vorsitzende des Arbeiterdeputiertenrates, Genosse Chruschalew, von der zarischen Regierung in Gefangenschaft gesetzt. Der Arbeiterdeputiertenrat wählt ein provisorisches Präsidium und setzt seine Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand fort.“ Aber der Arbeiterdeputiertenrat beschränkte sich nicht auf diese Drohung allein, sondern ging noch einen Schritt weiter. Noch am 5. Dezember veröffentlichte der Arbeiterdeputiertenrat einen Aufruf, der die Arbeiter aufforderte, ihr Geld aus den Sparkassen zurückzuverlangen und die Auszahlung ihres Arbeitslohnes in Goldwährung zu fordern. Jetzt beschloß der Arbeiterdeputiertenrat, in diesem Sinne ein Manifest an das Volk zu veröffentlichen.

Dieses Manifest erschien am 15. Dezember in allen fortschrittlichen Zeitungen, von dem Arbeiterdeputiertenrat, dem Bauernverband und allen sozialistischen Parteien unter-

* Geschichte des Arbeiterdeputiertenrates, S. 41.

zeichnet. Die Bevölkerung wurde darin aufgefordert, „der Regierung die Ablösegeldzahlungen und jede andere Zahlung zu verweigern, bei jeder finanziellen Abmachung, beim Auszahlen von Arbeitslohn, Gehalt und dergleichen die Goldwährung zu fordern, bei Summen unter 5 Rubeln in Silbergeld; ferner alles Guthaben aus den Sparkassen und aus der Reichsbank zurückzufordern und die Auszahlung in Goldwährung zu verlangen“. Ferner wurde der Beschluß proklamiert: „Die Auszahlung derjenigen Reichsschulden zu verhindern, die die zarische Regierung zur Zeit machte, als sie ihren Kampf gegen das Volk führte.“

Das Manifest hat die gewünschte Wirkung auf die Bevölkerung gehabt, die gegen die Regierung mißtrauisch gestimmt und um ihre Erparnisse, die der Regierung zur Verfügung standen, besorgt war. Neue Einlagen in die Reichsbank und die Sparkassen gingen stark zurück, und die vorher eingelegten Gelder wurden massenhaft zurückverlangt. Allein in Petersburg belief sich das Mehr der Auszahlung über die Einlagen in den Sparkassen auf 4 065 000 Rubel und an den Provinzsparkassenfilialen betrug das Mehr 85 929 000 Rubel. Die Regierung unterschätzte die Bedeutung dieses Ergebnisses nicht, indem sie ihrerseits dieses mit einem anderen Schlage beantwortete.

Alle Zeitungen, die das Manifest veröffentlicht hatten, wurden konfisziert und vom Reichsgericht zeitweilig sistiert. Am 15. Dezember veröffentlichte die Regierung provisorische Maßregeln, betreffend Streiks- und Vereinsrechte, die hauptsächlich gegen Eisenbahner-, Post- und Telegraphenstreiks gerichtet waren, sowie überhaupt gegen Streiks in solchen Unternehmungen, in denen „die Arbeitseinstellung die öffentliche Sicherheit bedroht oder die Möglichkeit schafft, ein Unglück oder einen öffentlichen Schaden entstehen zu lassen“. Für derartige Streiks wurden die Beteiligten mit Gefängnisstrafe bis zu 1 Jahr und 4 Monaten, für die Beteiligung an Vereinen oder Verbindungen, die die Vorbe-

reitung solcher Streiks bezweckten, mit Gefängnisstrafe bis zu 4 Jahren bedroht. Die Regierung nahm nunmehr eine offensive Position ein und forderte die Revolution zum Kampf heraus.

Sie ging noch weiter. Am 16. Dezember, während der ordentlichen Sitzung des Arbeiterdeputiertenrates, worin die Frage des allgemeinen politischen Massenstreiks beraten werden sollte, drang die Polizei, von bewaffnete Soldaten begleitet, in die Sitzungsräume ein und verhafteten das Exekutivkomitee und die versammelten Deputierten. Schon vor dieser Verhaftung trat die Wahrscheinlichkeit einer Beschlussfassung zugunsten eines allgemeinen Streiks seitens des Arbeiterdeputiertenrates deutlich hervor. Nach der Verhaftung des Arbeiterdeputiertenrates sprach das am 17. Dezember aufs neue hergestellte Exekutivkomitee sich für den allgemeinen politischen Massenstreik aus.

Der endgültige Beschluss sollte in der Plenarsitzung des Exekutivkomitees gefasst werden, das den Arbeiterdeputiertenrat infolge dringender Umstände zu vertreten hatte. Schon am 17. bis 18. Dezember entschied sich die Stimmung in Petersburg deutlich dahin, daß die Mitglieder der damals in Petersburg tagenden Konferenz der „Minderheits“-fraktion die Überzeugung gewannen, ein allgemeiner Massenstreik sei nun unvermeidlich. Mit dieser Überzeugung gingen sie in ihre Heimat. Voraussichtlich war dieser Streik auf den 20. Dezember geplant. Dieser im Entstehen begriffene Beschluss wurde auch in Moskau bekannt und wurde von dem Moskauer Arbeiterdeputiertenrat und von der zurzeit in Moskau tagenden Konferenz der Vertreter von 29 Eisenbahnen bei ihrer Beratung über die Frage des allgemeinen Streiks in Betracht gezogen.

Die Bewegung, die im Oktober begann, dauerte in Moskau während der ganzen „Freiheitstage“ sehr intensiv fort. Öftere Meetings und die offene Agitation wirkten stark und hielten fast die ganze Moskauer Arbeiterschaft in ihrem

Bann, sie übten einen sehr bemerkbaren Einfluß selbst auf ihre rückständigsten Elemente aus. Im November wurde dort nach dem Muster Petersburgs ein Arbeiterdeputiertenrat organisiert, der als eine rein proletarische Arbeiterorganisation das zur Hälfte aus Intelligenzen bestehende Streikkomitee ablöste, das den Oktoberstreik geleitet hatte. Zur Zeit der Streikproklamation bestand der Moskauer Arbeiterdeputiertenrat aus 104 Deputierten, die zirka 100000 Arbeiter vertraten. Die revolutionäre Stimmung unter den Moskauer Arbeitermassen war zurzeit gesteigert, zum Teil unter dem Eindruck der unter den Moskauer Truppen (Kostowtschen und anderen Regimentern) entbrannten Militärrivolten, die aber, nebenbei bemerkt, im Moment der Entstehung des Streiks aufhörten.

Der Dezemberstreik nahm auf ganz andere Weise als der Oktoberstreik seinen Anfang. Der Oktoberstreik begann als ein Demonstrationsstreik, und die Kapitulation der Regierung war sein unerwartetes, unvorausgesehenes Resultat. Der Dezemberstreik dagegen wurde als ein entschiedener Ansturm auf die Regierung proklamiert, als ein Streik, der in einen bewaffneten Aufstand überzugehen streben soll. Es wurde sogar der Beschluss gefasst, „den politischen Massenstreik in Moskau vom 20. Dezember 12 Uhr mittags ab zu proklamieren und ihn in einen bewaffneten Aufstand mit allen Kräften umzuwandeln zu suchen“. Somit wurde tatsächlich nicht nur der Massenstreik, sondern der bewaffnete Aufstand proklamiert. An der Proklamation beteiligten sich vier Organisationen: der Moskauer und der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat, die Konferenz der Eisenbahnerdelegierten und der Post- und Telegraphenkongress.

Handelten diese Organisationen falsch oder richtig, indem sie sich zum Streik entschlossen? Man kann diese Frage weder mit „ja“ noch mit „nein“ beantworten, weil man den Streik selbst nicht isoliert, nicht außerhalb des ganzen Zusammenhanges mit der gesamten vorhergehenden Be-

wegung des Proletariats betrachten kann. Deshalb muß die Frage viel umfassender gestellt werden: War die Taktik, die das klassenbewußte Proletariat und seine leitende Organisation, der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat, eingenommen, war der Weg, den diese eingeschlagen hatten, richtig oder falsch?

Wir haben schon am Beginn dieses Abschnittes diese Frage beantwortet: diese Taktik war grundfalsch. Es mag sein, daß sie vielleicht unvermeidlich war, vielleicht wäre jede andere Taktik bei der völlig widerspruchsvollen Haltung der Regierung und bei der revolutionären Stimmung des Proletariats in diesem Moment unmöglich gewesen. Aber es tut nichts zur Sache und ändert nicht das mindeste an dem objektiven Schluß, der daraus sich folgert: das Proletariat konnte nur dadurch zum Sieg gelangen, daß es die Reichsduma als einen Hebel zum weiteren Kampf ausnützte. Nur mittels der Duma und nur durch diese konnte es die so notwendige organische Verbindung mit dem Bauerntum und der Armee gewinnen, um den völligen Sturz des alten Regimes vorzubereiten und die Bahn zur vollständigen Volksherrschaft zu ebnen.

Daß die Reichsduma nur versprochen war, schloß die Notwendigkeit nicht aus, die Duma zum Ausgangspunkt zu nehmen. Das Proletariat durfte die schnellste Einberufung der Duma verlangen, es mußte dringend die Erweiterung des Wahlrechtes bis auf die vollständige Verwirklichung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlprinzips für die Reichsdumawahlen fordern. In diesen Forderungen hätte das Proletariat damals einen allgemeinen Boden finden können, um gemeinsam mit den anderen Bevölkerungsschichten den Druck auf die Regierung zu konzentrieren und somit diese in ihrem vorherigen Isolierungszustande festzuhalten, wodurch sie zu Konzessionen gezwungen worden wäre. Aber wenn es auch nicht gelungen wäre, die Erweiterung des Wahlrechtes zu erzwingen,

so hätte wenigstens die dazu gehörende Organisations- und Agitationstätigkeit des Proletariats dazu beigetragen, daß die Dumawahlen wenigstens auf Grund des am 11. Dezember veröffentlichten Wahlgesetzes hätten stattfinden müssen, und dies Wahlgesetz öffnete freie Bahnen und die Möglichkeit, die weitestgehende Organisation der gesellschaftlichen Kräfte im ganzen Lande zu vollziehen. Aber statt dessen nahm das Proletariat eine Haltung an, die seine Niederlage unvermeidlich machte: es hat offen und deutlich seine Absicht verkündet, die bereits von der Regierung errungenen Freiheiten dazu auszunützen, um schleunigst den bewaffneten Aufstand vorzubereiten und die Regierung zu stürzen. Dieser Grundton erklang in den Freiheitstagen fast in jeder Zeile der damaligen sozialdemokratischen Presse, er wurde auf allen Arbeiterversammlungen laut.

Der Bureaucratie wurde klar, daß, wenn sie nicht freiwillig zu ihrem Untergange schreiten, sondern der Revolution ein Ende machen wolle, sie zuerst das Proletariat, als eine Macht, mit der jede Paktierung ausgeschlossen sei, ersticken müsse.

Die gesamte Tätigkeit des Arbeiterdeputiertenrates in dieser Zeitperiode erscheint unzweifelhaft als eine offene Herausforderung der Regierung gegenüber, und da dies auf dem Boden einer ununterbrochenen Fortdauer der Gärungen unter den Bauern und in der Armee geschah, so fand die Regierung Eile geboten; sie stellte sich als nächste Aufgabe, den Zusammenstoß mit dem Proletariat schnell zum Ausbruch zu bringen, bevor das Revolutionsfeuer sich ihrer Hauptstütze, der Armee bemächtigt hatte. Es lag der Regierung nunmehr daran, den Aufstand zu provozieren, um nach seiner Niederwerfung die Revolution zu ersticken.

Andererseits aber war in diesem Moment es dem Proletariat fast unmöglich, den Fallstricken, die die Regierung ihm legte, zu entgehen. Konnte man denn die Repressalien seitens der Regierung, die Verhaftung des Arbeiterdeputiertenrates und anderes, ohne würdige Antwort lassen?

Ungefihts der herausfordernden Stellung, die der Arbeiterdeputiertenrat der Regierung gegenüber einnahm, ungefihts jener übertriebenen Einschätzung der Kräfte des Proletariats und der Unterschätzung der Kräfte der Regierung, konnte denn dieser Verzicht nicht als eine völlige Ohnmacht des Proletariats aufgefaßt und dadurch den zu erwartenden Bacchanalien der Reaktion freie Bahnen geschaffen werden? Im Falle des Verzichtens auf eine würdige Antwort auf die Brutalität der Regierung erschien ihm die Perspektive seiner zukünftigen Tätigkeit in trüben, düsteren Farben, während das Trugbild der revolutionären Macht des Proletariats, das die Freiheitstage ihm vorspiegelte, Siegeshoffnungen einflößte und mächtig zum Kampf lockte.

Der gesamte vorhergehende Revolutionsprozeß zwang also das Proletariat, die Herausforderung der Regierung anzunehmen. Der Streik, nur als solcher, verlor in diesem Moment jede reale Bedeutung.

Die Regierung hatte dagegen ein eigenes Interesse daran, den Massenstreik in einen Aufstand übergehen zu lassen, um nachher um so schonungsloser mit dem Feinde kurzen Prozeß machen zu können. Die unsinnigen, unndtigen, grausamen Handlungen des Generals Dubassow bei Beginn des Streiks in Moskau beweisen einhellig diese offenbar provozierenden Absichten der Regierung.

Also wurde der Kampf, den die Regierung dem Proletariat aufzudrängen suchte, zu einem wirklich entscheidenden Kampf auf Leben und Tod. Entweder ein erfolgreicher bewaffneter Aufstand, oder eine völlige Niederlage — das war die Alternative, vor der das Proletariat stand.

Das Proletariat nahm den Kampf auf. Aber unter welchen Umständen? Es ging in seinem Ansturm auf die Regierung allen voran und ließ denjenigen Teil der Intelligenz, der den Oktoberstreik zusammen mit ihm gekämpft hatte, weit hinter sich; die Bourgeoisie, die im eigenen In-

teresse den Oktoberstreik sympathisch unterstützt hatte, stürzte es jetzt durch seine Taktik in die Arme der Reaktion. Das Proletariat war aber bei weitem nicht überall reif genug, den entscheidenden Ansturm auf die Regierung allein aufnehmen zu können, und seine besten Mannschaften — die Arbeitermassen Petersburgs — waren durch die vorhergehenden verzweifelten Kämpfe gegen die vereinigten Kräfte der Regierung und Bourgeoisie stark geschwächt und erschöpft. Wohl hatte die Gärung in der Armee und unter den Bauern die anlockendsten Perspektiven gezeigt, aber das klassenbewußte Proletariat wurde hier durch eine furchtbare Niederlage zu der Überzeugung geführt, daß, um eine unkultivierte und unbewußte Bauernmasse und die Armee für die Revolution zu mobilisieren und zu schulen, ein einziger Monat der Freiheitsbewegung bei weitem noch nicht ausreichend ist.

VI.

Der bewaffnete Aufstand im Dezember.

Den Mittelpunkt und die allgemein anerkannte führende Stelle der gesamten Revolutionsbewegung in den Freiheitstagen nahm Petersburg und dessen Arbeiterdeputiertenrat ein. Eine ebensolche zentrale Rolle spielte Moskau während der Dezemberbewegung. Der Telegraph verbreitete ganz Rußland in Staunen versetzende Berichte über ein ungeheures Barrikadenneß, das ganz Moskau umspannt, über Regionen von Insurgenten, die mit den Truppen kämpfen, über Arbeiterheere aus den umliegenden Fabrikgebieten, die auf Moskau heranrücken, um dem Aufstand Hilfe zu leisten. Diese Berichte erwiesen sich nachher als stark übertrieben. Aber der Eindruck auf Rußland war ein gewaltiger, und wenn damals wirklich der Boden für einen Volksaufstand vorhanden gewesen wäre, so hätte diese Illusion eines siegreichen Aufstandes die Feuerbrunst einer allgemeinen Revolution über das ganze Land hin ergießen können. Leider war dieser Boden noch nicht vorhanden, Rußland zeigte damals keine Neigung zum Aufstand, und hätten auch die Berichte aus Moskau der Wirklichkeit entsprochen, so würde auch dann eine unvermeidliche Niederlage dem Aufstand sicher gewesen sein. Wir werden uns leicht davon überzeugen, wenn wir, bevor wir zur Schilderung der Ereignisse in Moskau übergehen, einen Blick auf die allgemeine Situation und auf die Geschehnisse in ganz Rußland zu dieser Zeit werfen.

An der Schwelle der Dezemberbewegung stand der Post- und Telegraphenstreik. Aber gerade in dem Augenblick, wo er im Zusammenhang mit dem allgemeinen Streik der Regierung den größten Schaden verursachen konnte, begann er abzuflauen.

Dem Zusammenbruch des allgemeinen Dezemberstreiks konnte durch den Beschluß des Post- und Telegraphenkongresses, sich dem Streik anzuschließen, nicht ferngehalten werden. Am 20. (7.) Dezember wendete sich der Post- und Telegraphenverband an den Moskauer Arbeiterdeputiertenrat mit einer Anfrage, ob es nicht erwünscht sei, die telegraphische Verbindung zwischen Moskau und Petersburg einzustellen? Der Arbeiterdeputiertenrat antwortete natürlich bejahend. Aber der Post- und Telegraphenverband war jetzt schon zu machtlos, um diesen Beschluß durchzuführen. Die telegraphische Verbindung zwischen Moskau und Petersburg blieb ungestört.*

Auch durch keine Eisenbahnverkehrsstörung wurde Petersburg vom übrigen Rußland abgeschnitten.

Der Eisenbahnerstreik war diesmal, im Gegensatz zum Oktoberstreik, kein allgemeiner, und das schlimmste dabei war, daß gerade die Eisenbahn zwischen Moskau und Petersburg, die im Oktober und November den Verkehr eingestellt hatte, funktionierte. Nur die in Moskau sich kreuzenden Eisenbahnlinien stellten den Verkehr ein, mit Ausnahme der Nikolaischen Eisenbahn, die Moskau mit Petersburg verbindet.

In dem bereits angezogenen Buche „Moskau im Dezember 1905“ wird die Tatsache des Nichtstreikens auf den Petersburger Eisenbahnlinien durch die Verzögerung der Proklamierung des Streiks erklärt; laut des Beschlusses der Eisenbahnerkonferenz sollten die Vertreter der Petersburger Eisenbahnlinien schon am 19. (6.) Dezember den Streik proklamieren, aber der Bitte des Arbeiterdeputiertenrates folgend, proklamierten sie ihn erst am 20. (7.) Dezember; die Regierung nützte diese Verzögerung aus, indem sie eine große Anzahl der Mitglieder des Eisenbahnerverbandes verhaftete und die Eisenbahnlinie mit Truppen besetzte. Es ist möglich, daß diese Verzögerung irgend eine Wirkung ausgeübt hat, aber

* Moskau im Dezember 1905, S. 33 und 34.

Scherewanin, Proletariat und Revolution.

ich glaube, eine viel bedeutendere und maßgebendere Wirkung hat hier die Tatsache gehabt, daß keine Streikstimmung unter den Massen der Eisenbahner und in ganz Petersburg, daß kein Vertrauen zum Streik, kein Glauben an dessen Erfolg unter den Leitern des Eisenbahnerverbandes vorhanden war. Auf der in Moskau tagenden Konferenz der Eisenbahner (29 Eisenbahnlinien) herrschte keine Begeisterung unter den Delegierten. „Die Stimmung war bei allen Anwesenden eine niedergedrückte, düstere: sie waren alle überzeugt, daß sie einer harten, bitteren Notwendigkeit sich unterwerfen mußten, daß sie einer unvermeidlichen Niederlage entgegensteuerten.“*

Es ist zuzugeben, daß in Moskau die gute Stimmung, die damals unter den dortigen Arbeitermassen herrschte, auch auf die Eisenbahner und deren Führer einwirkte. In Petersburg fehlte diese Erscheinung. Wir sahen bereits, wie einig die Arbeitermassen in Petersburg sich im Oktober erhoben und mit ihnen die übrigen Bevölkerungsschichten. Jetzt dagegen verhielt sich die Masse der bürgerlichen Demokratie dieser Bewegung des Proletariats gegenüber fast teilnahmslos, von der Erschöpfung des Petersburger Proletariats gar nicht zu reden.

Während im Novemberstreik, selbst in den letzten Tagen, da ein großer Teil der Streikenden die Arbeit schon wieder aufgenommen hatte, die Zahl der Streikenden in Petersburg immer noch 104597 Mann betrug, stellte sich die Zahl derselben im Dezemberstreik: am ersten Tage des Streiks, am 21. Dezember,** auf 83558 Mann, am zweiten Tage, am 22. Dezember, auf 92058; von da ab begann aber die Zahl rasch zu sinken: am 23. Dezember streikten 59342 Mann,

* Moskau im Dezember 1905, S. 11.

** Nach dem russischen Stil der 8. Dezember, was zu berücksichtigen ist. Das Weihnachtsfest wird in Rußland 13 Tage später als in Westeuropa gefeiert. Vielfach fügten wir den neuen Stil in Klammern bei.
Der Übersetzer.

am 25. Dezember 60748, am 26. Dezember 48375, am 27. Dezember 44385, am 28. Dezember 36710, am 29. Dezember 32830, am 30. Dezember 19330 und schließlich am 31. Dezember nur 3280 Mann.

Ein trauriges Finale jener stürmenden Tätigkeit, die der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat einleitete. Abgesehen davon, daß dies eine abschreckende, ernüchternde Wirkung auf jeden Aufstandsversuch haben mußte, hat diese Schwäche der Bewegung in Petersburg die größte Wirkung auf die Bürokratie in ihrem Kampfe zur Unterdrückung des Aufstandes zur Folge gehabt. Die Bürokratie sah in ihrer nächsten Umgebung keine weit um sich greifende Volksbewegung; in ihre Reihen brach keine Desorganisierung ein, und ebensowenig war gleichzeitig eine Desorganisation in der Armee zu fürchten, infolgedessen wurden zahlreiche Truppen in Petersburg zusammengezogen. Die Eisenbahnlinien standen frei zur Verfügung, so daß sie nach den Aufstandsgebieten, nach Moskau und den baltischen Provinzen geschickt werden konnten.

Bei weitem nicht so einig wie im Oktober verlief der Streik im Dezember auch in den übrigen Städten Rußlands. Schon am 25. (12.) Dezember, als der Moskauer Aufstand seinen Höhepunkt erreichte, begann der Eisenbahnerstreik zu sinken. „Am selben Tage wurde der Eisenbahnverkehr auf den Linien Moskau-Jaroslavl-Archangelst, Charkow-Nikolajew, Kursk-Charkow-Sebastopol wieder hergestellt. Am 27. (14.) und 28. (15.) Dezember wurde der Verkehr auf den Eisenbahnstrecken Witebsk-Orscha, Kolluni-Madziwil, Kostroma-Nibinsk, Pskow-Niga, Dwinsk-Polozk und auf der Warschau-Wiener Bahn wieder aufgenommen. Eine Reihe von Eisenbahnen kamen der offiziellen Streikbeendigung zuvor, die erst am 1. Januar (19. Dezember) durch das Zentralfbureau des Eisenbahnerverbandes veröffentlicht wurde.“*

* Moskau im Dezember 1905, S. 99.

Ebenso schwach wie Petersburg beteiligte sich an dem Dezemberstreik auch Polen. „Man streifte dort sehr wenig, weil alles erschöpft war von dem lokalen Streik, mit dem man dort Ende Oktober auf die Verhängung des Kriegszustandes über ganz Polen antwortete.“*

Viel schwächer als im Oktober war die Bewegung auch in Kiew. Nach dem mißglückten Auftreten der Sappeure befand sich Kiew in den Fesseln des Kriegszustandes. Der Dezemberstreik konnte dort also nicht von jenen stürmischen, zahlreich besuchten Volksmeetings begleitet sein, mit welchen der Oktoberstreik begann und fortbauerte. Außerdem war die Stimmung unter der Intelligenz, die im Oktoberstreik eine bedeutende und führende Rolle spielte, jetzt bei weitem keine so gehobene. Einige sängen die Arbeiter in den größeren Fabriken den Streik an, ebenso die Arbeiter der Eisenbahnwerke, aber unter der Kiemer Kleinbürgerlichen Bevölkerung machten die Streikenden nur eine Minderheit aus; deshalb brachte dieser Streik keine bemerkbare Veränderung der äußeren Physiognomie der Stadt. Die Geschäfte waren geöffnnet, der Straßenbahnverkehr funktionierte, die Handwerker arbeiteten, der Eisenbahnbetrieb war nicht unterbrochen, und die Beamten der Eisenbahnverwaltung, die im Oktober den Streik leiteten und überhaupt an der Spitze der Bewegung standen, beteiligten sich jetzt ganz und gar nicht am Streik. Es existierte absolut kein Boden für einen Aufstand. Während des Streiks bemühte sich das lokale Komitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, eine allgemeine „Arbeiterbörse“ zu gründen, um die streikenden Massen miteinander in Verbindung zu bringen, um die Möglichkeit zu haben, weitere Schritte zu beraten und zu verabreden. Aber zur verabredeten Zeit erschien auf der Börse nur ein unbedeutendes Häuflein organisierter Arbeiter. Sie zeigten damit offenbar die Neigung, sich

* Ib. S. 98.

überhaupt nur passiv an der begonnenen Bewegung zu beteiligen.

In Odessa, wo das Proletariat in den Freiheitstagen eine sehr starke Organisation geschaffen hatte, streikten nicht nur die Fabriken und die Eisenbahnwerke, sondern es waren viele Geschäfte geschlossen und der Straßenbahnverkehr stockte. Aber überschwemmt von Truppen, die gar nicht lange vorher sich sehr aktiv an den Judenmexeleien und Pogromen beteiligt hatten, konnte Odessa gar nicht an einen bewaffneten Aufstand denken.

In Charlow dagegen schien es günstiger zu liegen. Im November entstand eine starke Gärung unter den Soldaten, ganze Regimenter demonstrierten auf den Straßen und fraternisierten mit den demonstrierenden Arbeitern. Aber im Dezember weigerten sie sich, einigen hundert Arbeitergardisten,* die sich in der Fabrik von Hefserich-Saade verbarrikadierten, zu Hilfe zu kommen. Dafür wurden nun „zuverlässigere“ Soldaten geschickt, um die Arbeitergarde zu belagern. Die Arbeiter der Lokomotivenfabrik, die ihren Kameraden zu Hilfe eilen wollten, wurden von ihnen niedergeschossen. Die Arbeitergarde mußte sich ergeben. Die Truppen gaben nachher noch einige Salven auf die Volksmenge auf den Straßen ab. Die Ausichtslosigkeit eines bewaffneten Aufstandes war erwiesen, und die Bewegung begann in sich zusammenzufallen.

Sehr einig verlief der Streik in Jekaterinoslaw. Nicht allein die Fabriken, sondern auch die ganze Stadt befand sich 7 bis 8 Tage im Streik. Unter den Arbeitermassen gab es keine Neigung zum bewaffneten Aufstand. Der dortige Arbeiterdeputiertenrat beschloß, mit einem friedlichen Streik zu beginnen, wobei wohl die Möglichkeit eines Überganges desselben in einen Aufstand ins Auge gefaßt worden ist. Aber diese Möglichkeit wurde von einer aggressiven Haltung

* Anlässlich der Pogrome hatten sich bewaffnete Arbeitergardisten zum Zwecke des Selbstschutzes gebildet.

der Administration (Gendarmerie und Polizeibehörden) abhängig gemacht. Die Administration dagegen war jeder aggressiven Aktion abgeneigt infolge der sich bemerkbar machenden Gärung unter den Truppen, die wegen der Nichtentlassung der Reservisten nach dem Kriege unzufrieden waren. Die Administration zog es vor, auf anderem Wege auf die Bevölkerung der Stadt einschüchternd zu wirken. Ununterbrochen verbreitete sie beunruhigende Gerüchte über angeblich bevorstehende Judenpogrome. Unter der Bevölkerung war die Erinnerung an die bestialischen Szenen des Pogroms vom 3. November noch sehr lebhaft, und dieses grausame Alpdrücken der Möglichkeit eines neuen Pogroms lag über der Stadt während des ganzen Verlaufs des Streiks und lähmte jedes aktive Auftreten. Im Zentrum der Stadt wollte die jüdische Arbeitermasse aus diesem Grunde keine Meetings veranstalten, aber dafür besuchte sie eifrig die Meetings, die in den Vororten, in den Fabrikrayons stattfanden. Dort herrschte vollständige Freiheit, die Behörden sahen und hörten nichts.

So ging es ungefähr 8 Tage, vom 21. bis 29. (8. bis 16.) Dezember, dort zu. Am 30. (17.) traten die Ortsbehörden in die Offensive über, wahrscheinlich infolge von Anordnungen und günstigen Berichten aus Moskau und anderen Orten. Der Kriegszustand wurde über die Stadt verhängt, die Läden wurden zwangsweise geöffnet. Von da an begann auch der Streik zu sinken. Bald darauf wurde zu den zwei in Jekaterinoslaw garnisonierenden Regimentern noch das Simferopoler Regiment hinzukommandiert, das soeben den Sebastopoler Militäraufstand unterdrückt hatte. Die Behörde fühlte sich jetzt sicher und begann mit Hilfe des Simferopoler Regiments sehr eifrig „die Ruhe wiederherzustellen“, nicht nur in Jekaterinoslaw allein, sondern auch im benachbarten Donrayon.

Im Dongebiet war, abgesehen vom Kaukasus, die Bewegung die stärkste des ganzen Südens. „In den Händen

der Revolutionäre befand sich eine ganze Reihe von Eisenbahnstationen: Popasnjaja, Debalzewo, Jassinowitaja, Gritschino, Andejewka, Gorlowka, Konstantinowka, Kramatorskaja und andere.“* Laut Mitteilung eines Augenzeugen und Teilnehmers an der Bewegung in Jekaterinoslaw war das Bild der dortigen Bewegung folgendes: Der Streik begann sehr lebhaft und ergriff hauptsächlich diejenigen Arbeitermassen (Tagelöhner und Bergarbeiter), die im Oktober noch zu dem „Schwarzen Hundert“ zählten. Die Bauern, die in der Nähe der Bergwerke und der Metallfabriken wohnten, verhielten sich sehr sympathisch zum Streik. Aber der Unterschied zwischen der Bewegung im Dongebiet und zwischen der Bewegung in den anderen südlichen Rayons bestand nicht in dem Massencharakter des Aufstandes, der auch hier fehlte, sondern darin, daß es hier zahlreiche und besser bewaffnete Arbeitergarden gab, zu deren Bildung, Entstehung und Bewaffnung die vorhergehenden Judenpogrome Anlaß gegeben hatten. Während der Dezemberbewegung unternahmen diese Garden die Entwaffnung ganzer Eschelons aus der Mandtschurei zurückkehrender Militärszüge.** Vermöge dessen und auch infolge häufig vorkommender Entwaffnungen von Polizisten und Gendarmen bildete sich im Dongebiet eine stärkere und besser bewaffnete Arbeitergarde als an anderen Orten Südrusslands, den Kaukasus natürlich ausgenommen. Und da in diesem Rayon zur selben Zeit noch sehr wenig Militär garnisonierte, so fiel der ziemlich umfangreiche Bezirk ganz in die Hände der Revolutionäre. Die Arbeitergardisten vermochten jedoch den Truppen keinen ernststen Widerstand zu leisten, und mit Hilfe des Simferopoler Regiments wurde der Donrayon daher leicht zurückerobert. Nach ein paar ernststen Zusammenstößen mit den Arbeitergardisten (der bedeutendste der Zusammenstöße er-

* Monatsblätter „Mir Boschij“, Januar 1906, II, S. 38.

** Dergleichen passierte auch in Moskau und anderwärts.

eignete sich in Gorbowlka, wohin über 1000 Gardisten sich von den benachbarten Ortschaften zusammengezogen hatten) unterwarfen sich die Stationen eine nach der anderen freiwillig ohne Widerstand.

Wir wollen jetzt zu dem bewaffneten Aufstand in Kostow a. D. übergehen, der so großes Aufsehen in Rußland erregt hatte.

In einer sehr interessanten Schilderung: „Die Dezembertage in Kostow a. D.“, beschrieb der Verfasser die weitumfassende Organisationsstätigkeit, die in Kostow dem Dezemberstreik voranging: es wurde ein Arbeiterdeputiertenrat organisiert, der fast die gesamte Bevölkerung von Kostow und Nachitschewan vereinigte; Gewerkschaften begannen sich zu bilden und Wurzel zu fassen, selbst die sozialdemokratische Organisation reorganisierte sich auf breiter, demokratischer Grundlage. Ein allgemeiner politischer Massenstreik, der unter Umständen sich in einen bewaffneten Aufstand umwandeln könnte, zeigte sich den Kostower Genossen erst in mehr oder weniger weiter Ferne. Sie befanden sich nicht in so reger, enger Verbindung mit Petersburg, wie damals es mit Moskau der Fall war, und deshalb konnten sie nicht so wie Moskau von den Tendenzen des Petersburger Arbeiterdeputiertenrates beeinflusst werden. Der telegraphische Bericht vom 20. (7.) Dezember, daß der Moskauer und der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat und die Vertreter von 29 Eisenbahnlinien den allgemeinen Streik proklamierten, überraschte deshalb die Kostower Genossen wie der Blitz aus heiterem Himmel. „Es ist bezeichnend genug, daß im ersten Augenblick der Verdacht auftauchte, ob es nicht vielleicht eine Provokation sei? So unglaublich und unerwartet kam ihnen die Proklamierung des Streiks vor. Als man die Losung eines allgemeinen politischen Massenstreiks aufstellte, wurde dieser als der letzte entscheidende Kampf aufgefaßt. Genau so verstanden es auch die Arbeitermassen. Daraus folgte der logische Schluß, daß,

um einen so wichtigen entscheidenden Schritt zu unternehmen, zuerst für die Verstärkung der lokalen proletarischen Organisationen gesorgt werden mußte, daß besonders aber und hauptsächlich die Verbindung zwischen den gesamten Organisationen des ganzen Landes herzustellen und zu stärken war. Einige Schritte in dieser Richtung zum Zwecke der Vereinigung aller Provinzorganisationen hat wohl der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat getan; aber das waren nur erste Schritte. Der Post- und Telegraphenstreik, der die Residenzstädte gänzlich von der Peripherie abschnitt, verhinderte auch die begonnene Vereinigung, sich weiter zu entwickeln. Außerdem bewirkte dieser Umstand auch, daß man in der Provinz ein unrichtiges Bild von der allgemeinen Situation der Residenzstädte und vom Verlauf der letzten Streikversuche erhielt, und das verleitete die dortigen Genossen deshalb zu falschen Schritten.“*

Da der Streik proklamiert war, so fühlten das Exekutivkomitee der Deputiertenräte und der Parteivorstand der Organisation des Dongebietes sich verpflichtet, die Petersburger und Moskauer Genossen zu unterstützen. Dieser Antrag wurde in der Plenarsitzung des vereinigten Arbeiterdeputiertenrates vorgeschlagen, die am 21. (8.) Dezember einstimmig den Beschluß faßte, den allgemeinen politischen Massenstreik in Kostow zu proklamieren. „Am 23. (10.) Dezember hörte tatsächlich jedes Zeichen eines öffentlichen Lebens in Kostow auf. Alle Fabriken, Tramways, Eisenbahnen, Druckereien, Läden, Geschäfte, Banken, verschiedene Bureaus, Theater, Apotheken hatten ihre Tätigkeit eingestellt, mit einem Worte — alles stockte.“

Ebenso wie in Moskau war auch hier der Streik von riesigen Volksmeetings begleitet. Am Anfang des Streiks dachten die Arbeiter kaum daran, daß der Streik in einen bewaffneten Aufstand übergehen könne. Aber aller Wahr-

* L. c. Seite 66 bis 67.

scheinlichkeit nach dachte die Regierung an eine solche Entwicklung. Ganz unerwartet begann sie den Hauptort, wo die Meetings abgehalten wurden (die Speiseräume der Wladikawkaßischen Eisenbahnwerke, die sich in Temernik, einem Vorort Rostows befanden), mit Kanonen zu beschießen, und im Zentrum der Stadt begannen besoffene Kosaken die friedliche, wehrlose Bevölkerung niederzumachen. Am nächsten Tage begaben sich 100 Kosaken und eine halbe Batterie nach dem Fabrikvorort Temernik, um ihn zu attackieren. Jetzt wurden die Arbeitergarden mobilisiert, denen aber nur 20 bis 25 Flinten zur Verfügung standen, die übrigen waren nur mit Revolvern bewaffnet, manche mit Schleuderbomben. Die Attacke der Kosaken wurde erfolgreich zurückgeworfen, was dem zu verdanken ist, daß Temernik auf einem Hügel liegt und daß eine auf die Kosaken geschleuderte Bombe eine Panik bei ihnen hervorrief. Die Kosaken zogen es dann vor, Temernik einige Tage lang aus der Ferne mit Kanonen zu beschießen. Der Verfasser der obigen Schilderung erklärt dies durch die Feigheit der Kosaken und durch „die phantastischen Gerüchte, die in der Stadt zirkulierten, daß Temernik ringsum mit Wolfsgruben usw. versehen sei“. Die Belagerung und Beschießung von Temernik dauerte acht Tage. Nachdem der ganze Vorrat an Patronen erschöpft war, verließen die Arbeitergarden Temernik, und der „Aufstand“ war somit beendet. An diesem „Aufstand“ beteiligten sich 300 bis 400 Arbeitergardisten, darunter waren zirka 25 mit Flinten bewaffnet. Die gesamte Masse der Rostower und Nachitschewaner Arbeiter stand völlig außerhalb des Kampfes, die Arbeiter der Wladikawkaßischen Eisenbahnwerke, die in Temernik wohnten, beteiligten sich daran nur passiv. Der Kampf der Gardisten trug auch einen rein defensiven Charakter und in ihren Händen befand sich nur ein unbedeutender kleiner Teil der Stadt, der Vorort mit seinen 10000 Einwohnern, während Rostow die ganze Zeit hindurch in

den Händen der Regierung sich befand; die Gardisten waren selbstverständlich weit entfernt von dem Wahnsinn, mit ihren 25 Flinten in die Offensive gegen einen Haufen gutbewaffneter Kosaken zu treten.

Wenn irgendwo in Rußland der Boden für einen wirklichen Volksaufstand bereit war, so ist dieses im Kaukasus der Fall gewesen. In dessen Zentrum — in Tiflis — war eine Gärung in der Armee zu beobachten. Die Sappeure (über 2000 Mann) waren revolutionär gesinnt. Die revolutionären Organisationen verfügten über 6500 Mann gut bewaffneter Kampfgardisten, und auch die Bevölkerung ringsum in den Dörfern war meistens bewaffnet und alle vom revolutionären Geist und von kampflustigen Traditionen durchdrungen. Dieser für einen Volksaufstand zweifellos günstige Boden zwang den Statthalter Kaukasiens, Fürst Woronzow-Daschkow, zu außerordentlicher Vorsicht. Aber ebenso vorsichtig waren auch die sozialdemokratischen Organisationen. Sie übereilten sich nicht, den Aufstand heraufzubeschwören, sie fürchteten sogar dessen Ausbruch, da sie sich bewußt waren, daß das Schicksal des Aufstandes in nur geringem Maße vom Kaukasus abhängig sein würde, daß dies nur in Zentralrußland entschieden werden könne. Die Meldungen aus Rußland aber waren unsicher und unbestimmt und gaben keinen Grund zum entschiedenen Auftreten.

Allerdings trug der Streit, der in Tiflis und in anderen Städten Kaukasiens am 25. (12.) Dezember begann, einen allgemeinen Charakter. Die Transkaukasische Eisenbahnstrecke (Baku-Tiflis-Batum) nebst allen zu ihr gehörenden Eisenbahnstationen ging in die Hände der sozialdemokratischen Organisation über. Die Eisenbahn wurde tatsächlich von dem sozialdemokratischen Streikomitee, das in Tiflis seinen Sitz hatte, verwaltet. Die Regierung mußte sich damit zufrieden geben. So ging es einige Tage hindurch. Die Regierung begann dann entschiedenere Maßregeln zu er-

greifen. Sie verhängte den Kriegszustand und bemächtigte sich der Eisenbahnstrecke Baku-Tiflis. Bei dieser Wiedereroberung der Eisenbahn wurde ihr kein Widerstand geleistet, nur einige Lokomotiven wurden unbrauchbar gemacht. Die andere Hälfte der Eisenbahnstrecke Tiflis-Batum blieb vorläufig noch in den Händen des sozialdemokratischen Streikkomitees, das als eine offizielle Institution zu existieren fortfuhr. Als die Tifliser Stadtduma sich an den General Malma, der die Eisenbahnstrecke Baku-Tiflis mit seinen Truppen besetzt hatte, mit dem Auftrag wandte, aus Poty her einen Posten Mehl für die Stadt zu transportieren, antwortete dieser, daß die Eisenbahnstrecke Tiflis-Batum, zu der Poty gehört, nicht seiner Verwaltung, sondern der des Streikkomitees obliegt und wies deshalb die Stadtduma an, sich an die „betreffende Instanz“, an das sozialdemokratische Streikkomitee zu wenden.

Nach einiger Zeit wurde auch die Eisenbahnstrecke Tiflis-Batum wieder erobert, aber nicht mehr von dem harmlosen Malma, sondern von dem grausamen General Michanow, der eine Strafexpedition vorgenommen hatte. Die Stationen unterwarfen sich, ebenso wie auf der Strecke Baku-Tiflis, ohne irgendwelchen Widerstand. Aber General Michanow brachte überall, wohin er kam, Tod und Vernichtung: er füllierte die Eisenbahnarbeiter und Beamte und äscherte die umliegenden Dörfer ein.

Dann erst begann das barbarische Zerstörungswerk in Tiflis selbst und zwar zunächst im Arbeiterviertel (Nachalowa) mit allgemeinen Hausdurchsuchungen unter den Arbeitern, um sie zu entwaffnen. Bei diesen Hausdurchsuchungen wurden 10 Mann getötet. Das Streikkomitee verfügte darauf terroristische Aktionen, worauf die Soldaten ihrerseits mit Zerstörung der Stadt und Niederschießung der friedlichen, wehrlosen Bevölkerung antworteten. Ebenso barbarisch behandelte die Regierung die Einwohner anderer Ortschaften.

Infolge der Unentschlossenheit des Statthalters Woronzow-Daschkow, der am Anfang entschiedene Schritte vorzunehmen fürchtete, befand sich auch die Wladikawkassische Eisenbahnstrecke Baku-Kostow in den Händen der Revolutionäre. Nach der Niederwerfung der Streikenden in Kostow wurde diese Eisenbahnlinie von Truppen besetzt, ohne auf irgendwelchen Widerstand zu stoßen. In den Händen der Revolutionäre befanden sich auch sämtliche Städte (Noworossisk, Pjatigorst und die Uferstädte des Schwarzen Meeres), sie wurden während einigen Wochen von ihnen verwaltet. Als aber das Militär erschien, unterwarfen sich die Städte ohne Widerstand. Doch hinderte das natürlich die Truppen nicht, die friedliche Bevölkerung wie die Revolutionäre schonungslos und grausam zu behandeln.

Ebenso wie im Kaukasus konnte auch im eigentlichen Sinne des Wortes in den baltischen Provinzen von einem bewaffneten Volksaufstand keine Rede sein, obgleich es verschiedene Legenden darüber gibt, die mit Hilfe der Regierung und der Ostseebarone in den Zeitungen eifrig verbreitet werden.

Die Bewegung der Landarbeiter im September und Oktober beantworteten die baltischen Barone mit dem grausamsten Terror, indem sie ihre Schlösser mit Kosaken und Dragonern besetzten, die von hier aus ihre räuberischen Überfälle auf die umliegenden Bauerndörfer machten. Diese Raubzüge vereinigten die Bauern mit den Landarbeitern gegen die Barone.

„Auf Ermordung der Bauern antworteten diese mit Ermordung der Barone, auf Exekutionen — mit Brandstiftungen.“

Die starke Bewegung, von der die baltischen Provinzen ergriffen wurden, führte dazu, daß die Barone in Massen ihre Schlösser verließen und flüchteten. „Die Gemeinden hörten auf, ihre Steuern, die Pachtgelder und dergleichen zu zahlen.“*

* L. c., Seite 94.

Nach dem 30. (17.) Oktober fanden zwei Konferenzen statt: die der lettischen Lehrer und die der Bauern. Auf der Lehrerkonferenz wurde ein neues Schulprogramm ausgearbeitet, dessen sofortige Einführung einstimmig beschlossen wurde. Die lettische Bauernkonferenz (aus über 1000 Delegierten bestehend) faßte den Beschluß, bis zur bevorstehenden Reorganisation der gesamten politischen Ordnung, die in ganz Rußland vollzogen werden sollte, eine neue provisorische Verwaltungskommission an Stelle der vorherigen Gemeindebehörden zu wählen; „behufs Befriedigung der unentbehrlichen Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung“.* Keine Expropriationen, keine Konfiskationen wurden also in bezug auf die Barone seitens der revolutionären Selbstverwaltung vorgenommen. Nur infolge einiger Drohungen seitens der Barone, ihre Wirtschaftsbetriebe in Stich zu lassen und somit die Landarbeiter arbeitslos zu machen, beschloß die Bauernkonferenz, daß solche im Stich gelassene Gutswirtschaften bis zur Rückkehr ihrer Gutsherren in die Verwaltung der betreffenden Ortsgemeinden übergehen sollten, „die in solchen Fällen alle wirtschaftlichen Unkosten auslegen, aber dafür auch das Einkommen für sich behalten wollen.“**

Den Baronen wurde die Forderung gestellt auf sämtliche Privilegien zu verzichten, die sämtlichen Steuerlasten und andere Bürgerpflichten zugleich mit allen Bürgern zu tragen, den Polizeidienst aufzugeben und dergleichen. Der Bauernkongreß beschloß, „bis zur Erfüllung dieser Forderungen sämtliche Abgaben, Lehen und Zahlungen, die die Bauern den Gutsherren schuldig waren, der Ortsgemeindeverwaltung zur Verfügung zu stellen“***.

Mitte September, nachdem der Kriegszustand über die Ostseeprovinzen verhängt war, wurden die dort garnisonierenden kleinen Truppenabteilungen (Kosaken und Dragoner) durch den einmütigen Druck der ganzen Volksbewegung

* Ibid. S. 94. ** Ibid. S. 95. *** Ibid. S. 95.

gezwungen, das Land zu verlassen. Im November kommandierte die Regierung ganze Armeekorps dorthin, die das Land überschwemmen. Nun erschienen plötzlich in den Zeitungen Meldungen der russischen Generale über blutige Zusammenstöße der Soldaten mit den Revolutionären, wobei merkwürdigerweise die Getöteten immer nur auf Seiten der Letzteren waren.

„Zum höchsten Erstaunen der Generale wurden sie, statt von furchtbaren Revolutionären, überall von einer friedlichen Bauernbevölkerung empfangen, die ihnen keinen Widerstand leistete, selbst dann nicht, wenn jene ihre Häuser eingekerkert hatten. Es gab also niemanden, den die Soldaten niederschließen konnten; sie mußten sich auf Verhaftungen beschränken.“ Aber das befriedigte die Barone nicht, sie forderten die Niederschießung der Revolutionäre, als eine zur vollen Herstellung der „Ruhe und Ordnung“ unbedingt notwendige Maßregel. Und siehe da, auf einmal tauchten wer weiß woher „Proskriptionslisten der Revolutionäre“ auf und in den deutschen Zeitungen wurden täglich Berichte über deren Erschießung veröffentlicht. Die Opfer waren die Mitglieder der provisorischen Verwaltungskommissionen und die Volksschullehrer, hauptsächlich diejenigen, welche in ihren Schulen das neue Programm eingeführt hatten. Es ist „nur ein einziger Fall bekannt, wo wirklich aktiv tätige Revolutionäre festgenommen und dann erschossen wurden — das war in Windawa.“* Neben solchen Exekutionen galt als ein ebenso bewährtes Strafmittel die Einschüchterung der Bauernhäuser.

Das Ergebnis dieses Feldzugs war, daß es im Januar „keine einzige Dorfgemeinde in den baltischen Provinzen gab, wo nicht Trümmer eingekerkelter Bauernhäuser zu sehen, keinen Friedhof, wo nicht frische Grabhügel vorhanden waren, worunter die — Erschossenen begraben lagen“.**

* Ibid. S. 155. ** Ibid. S. 157.

Mit viel mehr Berechtigung kann man von einem bewaffneten Aufstand in einem anderen Grenzgebiet Rußlands sprechen, nämlich von dem in Sibirien, aber nur deshalb, weil dort die Armee am Aufstand beteiligt war.

Die sibirischen Aufstände waren dank der Zustände möglich geworden, in welche die Armee nach dem Kriege geriet. Die drei großen Mandchureiarmee, die südwärts von Charbin und in Charbin selbst konzentriert waren, stellten in militärischer Beziehung ein Kriegslager in vollständiger Korruption dar. Die Kommandeure wie alle Vorgesetzten in der Armee verloren jede Autorität über die Soldaten: diese verweigerten ihnen den Gehorsam, weigerten sich zu salutieren und beschimpften sie öffentlich mit den größten Schimpfwörtern.

Eine ganze Reihe von Kriegsniederlagen, zuletzt die bei Mußden, führten zu einer völligen Desorganisation der Armee. In der Masse der Soldaten begann eine kritische Stellungnahme gegen die Mandchureiabenteuer sich zu zeigen; die Soldaten empfanden den Unsinn und die Nutzlosigkeit des Krieges.*

Bei solchen Zuständen in der Armee konnte die Eisenbahner- und Arbeiterbewegung, die Sibirien an der ganzen Eisenbahnlinie entlang durchflutete, unmöglich ohne den stärksten revolutionisierenden Einfluß auf die Armee bleiben.

„Die Gärung in der Armee nahm ungeheure Dimensionen an, und bald hier, bald dort begannen sich Soldatenorganisationen zu bilden, meistens mehr oder minder selbständig, hauptsächlich aber beeinflusst durch die revolutionäre Propaganda.“

Die Bewegung in der Armee verbreitete sich von den Vorposten der Mandchureiarmee an bis in die hintersten Reihen der Arrieregarde hinein. Sie zog auch die sibirischen Reservebataillone, die in den Städten Südsibiriens

* Revolution und Konterrevolution in Sibirien, S. 197.

garnisoniert waren, heran. In Tschita und Irkutsk, die als Stützpunkte der Kriegsoperationen dienten, war die Bewegung unter der Armee am intensivsten, am bewußtesten.*

Besonders stark war die Bewegung in Tschita. Unter dem Einfluß der revolutionären Propaganda bildete sich in Tschita ein „Rat der Soldaten- und Kosaken-deputierten der Garnison“. Die Bewegung der Soldaten übertrug sich auch auf die Offiziere, die sich ebenfalls in einen „Verband Militärangestellter der Tschitaer Garnison“ organisierten. Diese beiden Organisationen wirkten solidarisch und unterhielten ununterbrochen Verbindungen miteinander.

Die Stadt fiel ganz in die Hände der revolutionär gesinnten Arbeiter und Soldaten. Dasselbe passierte einer ganzen Reihe von Städten Transbaikaliens. Die weiter sich entwickelnde Bewegung führte dazu, daß „die ganze Staatsgewalt — die administrative und teilweise auch die militärische — in Transbaikal tatsächlich in die Hände des Volkes überging. Vom 15. (2.) Dezember ab begann die allgemeine Tätigkeit der Volksmiliz und der Polizei, wobei letztere eine untergeordnete Rolle spielte. Die Eisenbahnerstreikomitees verwalteten die Eisenbahnen, und gemeinsam mit den Delegierten der militärischen Organisationen besorgten sie die Evakuierung der Armee. Die Militärbehörden traten in offizielle Verbindung mit ihnen, stellten ihnen ihre Vollmacht, ihre Rechte und Pflichten zur Verfügung und traten selbst in den Hintergrund.“**

In die Hände der organisierten Soldaten und Arbeiter gingen selbst bedeutende Städte Ostsibiriens, wie Irkutsk und Krasnojarsk über.

Aber diese von heute auf morgen revolutionierten Soldaten waren äußerst unzuverlässig.

Diese Unzuverlässigkeit fühlten die Revolutionäre bald heraus, und dadurch erklärte sich bis zu einem gewissen Grade

* Ibid. S. 202. ** Ibid. S. 222.

jene Anschlüssigkeit, die in allen ihren Handlungen zu merken war. „Das eben ist die Ursache, weshalb wir hier eine Art Halberoberung ganzer Städte vor Augen haben und keinen einzigen ernstern Versuch verzeichnen können, den Aufstand über die Grenzen Sibiriens hinaus zu verbreiten.“ (Ibid.)

Zutreffend ist folgende Charakteristik der Soldaten: „Wenn wir von einzelnen Personen absehen, so waren unter der gesamten Masse keine solchen Elemente, die fähig und gewillt gewesen wären, die Fahne des aktiven Aufstandes zu entrollen. Das Höchste, wozu die Soldaten fähig waren, war eine bewaffnete Defensive — in keinem Falle und unter keinen Umständen aber eine bewaffnete Offensive. Die überwiegende Mehrheit bestand aus einer Masse, die unabhängig von ihren Sympathien und Antipathien sich sofort derjenigen der beiden kämpfenden Parteien angeschlossen hätte, die die stärkere Macht zu zeigen vermochte. Trotz aller Bemühungen gelang es den revolutionären Agitatoren nicht, den Soldatenköpfen den scheinbar einfachen Gedanken einzupflanzen, daß das Übel des soldatischen Lebens im engsten Zusammenhang mit dem Grundübel des ganzen russischen Lebens stehe und von den politischen Mißständen abhängig sei.“*

Unter solchen Umständen war die Unterdrückung der sibirischen Aufstände eine ziemlich leichte Sache.

Als in Irkutsk der entscheidende Moment eintrat, hatten die von der revolutionären Propaganda beeinflussten Soldaten wohl „verweigert, auf die Volksmenge zu schießen, sich jedoch nicht dem Volke angeschlossen. In Irkutsk trafen die Abteilungen der Division des Generals Lewestrom ein, die Geniesseifer und Krasnojarsker Regimenter, die zuerst von den Waffen Gebrauch machten. . . . Maschinengewehre wurden angewandt, und der Widerstand der bewaffneten Arbeitergarden und eines Teils der revolutionären Soldaten wurde bestegt.“**

* Ibid. S. 126 bis 127. ** Ibid. S. 228.

Ein ähnlicher Vorfall fand in Krasnojarsk statt. Als die Truppen desselben Generals Lewestrom behufs Herstellung der Ordnung dort eintrafen, „kam es unter den Truppen der Garnison zu einer Spaltung: die eine Hälfte fiel von den Rebellen ab, ohne sich jedoch den Regierungstruppen anzuschließen. Zwei Kompagnien des Eisenbahnbataillons und zirka 1000 Arbeitergardisten verbarricadierten sich in den Eisenbahnwerkstätten für Lokomotivenbau.“* Am Ende mußten sie sich ergeben. Dasselbe wiederholte sich in Tschita und in den anderen Städten Transbaikaliens.

Die sibirische Bewegung ist außerordentlich charakteristisch und eigenartig. Die Vorbedingungen für einen bewaffneten Aufstand waren neben dem Kaukasus in Sibirien bei weitem günstiger als irgendwo anders. In einer ganzen Reihe von Städten gingen die Truppen auf Seite des rebellierenden Volkes über. Aber gerade die sibirische Bewegung bewies, daß selbst der Übergang eines bedeutenden Teiles der Truppen auf die Seite des Volkes noch keine Garantie eines erfolgreichen Ausganges des Aufstandes gewährt; daß selbst für diejenigen Truppen, die am eigenen Leibe alle Schrecken des Mandchureikrieges erfahren hatten, daß selbst für diese eine mehr oder minder kurze Zeitdauer revolutionärer Einwirkung noch bei weitem nicht genügend ist, um der Revolution als sichere Stütze zu dienen. Bei dem ersten besten Erscheinen ernstester Regierungsmachtmittel verrieten sie von gestern auf heute die Sache der Revolution, und wenn sie auch nicht zu den Regierungstruppen übergingen, so verweigerten sie doch jeden aktiven Widerstand gegen diese und unterwarfen sich leicht.

* * *

Wir wollen jetzt zum Hauptpunkt der ganzen Dezemberbewegung — zum Aufstand in Moskau — übergehen.

* Ibid. S. 229.

Wir können wohl angesichts des oben geschilderten allgemeinen Bildes der Bewegung im ganzen Reiche behaupten, daß ein erfolgreicher Ausgang des Aufstandes auch dann aussichtslos gewesen wäre, wenn die vier Infanterieregimenter, die in Moskau unmittelbar vor dem Dezemberstreik rebellierten, auf die Seite des Volkes übergegangen wären. Im Reiche waren, wie wir gesehen haben, ernste Versuche zum Aufstand nur sporadisch festzustellen, in Petersburg selbst war die Bewegung äußerst schwach, die Eisenbahnen rings um Petersburg funktionierten. Es bestand also die Möglichkeit, zu jeder Zeit einen Teil der in Petersburg konzentrierten Truppen nach Moskau zu senden. Zur sofortigen Unterdrückung des Aufstandes konnte auch die Armee, die soeben in den baltischen Provinzen die Ruhe hergestellt hatte, kommandiert werden, da es dort, wie wir oben bereits sahen, keinen eigentlichen Aufstand mehr gab. Unsere rohe, unkultivierte Armee, die neben einzelnen revolutionären Ausbrüchen gleichzeitig auch Beispiele unerhörter grauenhafter Bestialität während der Judenpogrome und der Strafexpeditionen gegeben hat, war in ihrer Gesamtheit unfähig, der Regierung untreu zu werden. Und wäre auch ganz Moskau in die Hände der rebellierenden Soldaten und Arbeiter gefallen, so wäre es nach einer kurzen Zeit zurück erobert worden und die rebellierenden Soldaten hätten, wie es in Sibirien der Fall gewesen war, die Sache der Revolution verraten und sich von jedem Angriff auf die Regierungstruppen ferngehalten.

Aber selbst ein kurzer Erfolg des bewaffneten Aufstandes in Moskau war unmöglich, da die Truppen nicht einmal auf die Seite des Volkes übergegangen waren. Das wußten auch die führenden Kreise der Partei. Die Berichte des Arbeiterdeputiertenrates behaupteten, daß die maßgebende Rolle beim Aufstand der Armee zufallen werde. Mehrere Male begaben sich Volksmengen nach den Kasernen, um den Anschluß der Soldaten zu bewirken, aber diese Ver-

suche blieben immer erfolglos.* Man konnte kaum hoffen, daß die Entwicklung der Bewegung, indem sie die Volksmassen in Berührung mit den Soldaten brachte, diese schwanke machen und für den Aufstand gewinnen würde. Der weitere Verlauf in Moskau war denn auch derart, daß er die Kluft zwischen Bevölkerung und Armee nur vertiefte und erweiterte.

Der Dezemberstreik begann in Moskau einmütig. Am zweiten Tage des Streiks, am 21. (8.) Dezember, „stocften fast alle industriellen und kommerziellen Unternehmungen“.** Am 22. (9.) Dezember „stellten sämtliche Fabriken den Betrieb ein, auch die Kleinbetriebe, Industrielle wie Handwerker stellten die Arbeit ein“. Überall fanden Riesenmeetings statt. Die aggressive Einmischung der Regierung äußerte sich zuerst gegen das am 21. (8.) Dezember abends im Aquarium stattfindende Meeting, am 22. (9.) Dezember gegen das Privatgymnasium Fiedler, worin ein Meeting abgehalten wurde, wobei den Soldaten der Befehl gegeben wurde, das Haus mit Kanonen zu beschießen und die angeblich dort befindlichen Garbisten in Haft zu nehmen.

Am 22. (9.) Dezember begann der erste Barrikadenbau. Den Anlaß dazu gab die Züftlierung einer Volksmenge auf dem Straßnoyplatz durch Dragoner.

Am 23. (10.) Dezember morgens fanden einige Zusammenstöße zwischen den Dragonern und den Arbeitergarden statt, worauf eine am Vorabend demolierte Barrikade an der Ecke der Iwerskaja- und Sadowajastraße wiederhergestellt wurde. Volksmassen häuften sich überall auf den Straßen an.

Am demselben Tage ergriff Dubassow zur „Beruhigung Moskaus“ eine brutale Maßregel. Er ließ auf dem Straßnoyplatz vier Kanonen aufstellen und nach allen Richtungen auf die friedlichen und unbeteiligten Volksmassen feuern;

* Moskau im Dezember 1905, S. 154 bis 155.

** Ibid. S. 33 und S. 40.

viele wurden getötet und verwundet. „Bald darauf und offenbar unter dem Einfluß der ersten Kanonenschüsse begann ein fieberhafter Barrikadenbau in allen Stadtteilen.“*

Die Lage Moskaus am 24. (11.) Dezember wird wie folgt geschildert: „Eine Kette von Barrikaden wurde gebaut, die die Rayons Bronnaja, Grusiny, Dolgorukow, Stretenska, Pokrowska, Zwetnoyboulevard und den Jekaterinenpark umfaßte.“ Das Zentrum der Stadt blieb von Barrikaden frei, die hier früher erbauten wurden demoliert. Die Soldaten wüteten. „Vom frühen Morgen des 24. (11.) Dezember an hörte man in allen Stadtteilen das Knattern der Flinten und das Brüllen der Kanonen.“ Wiederum wurde nach rechts und links auf die friedlichen Bürger geschossen, indem man die gesamte Bevölkerung Moskaus als Feinde betrachtete. Am 24. (11.) begann der Grundcharakter der Bewegung bestimmt hervorzutreten. Wenn auch die Bevölkerung am Barrikadenbau teilnahm, sie zu verteidigen und die Truppen zu beschießen, vermochte sie nicht, daran nahmen nur einige hundert bewaffneter Arbeitergardisten teil. Am aktiven Kampf beteiligten sich die Massen nicht. Anfänglich zeigten sie eine gewisse Aktivität. Sie nahmen lebhaft an Meetings teil, inszenierten Manifestationen und begaben sich nach den Kasernen, um mit den Soldaten zu fraternisieren. Jetzt aber nach dem Eintreten des „aktiven Kampfes“ blieb den unbewaffneten Massen nichts zu tun übrig. Und das Exekutivkomitee der sozialdemokratischen Partei empfahl ihnen ausdrücklich, zu Hause zu bleiben, keine Meetings oder Demonstrationen zu veranstalten, um Massenmorde zu verhüten.**

Die leitenden Elemente in der Partei sahen wohl ein, daß ein erfolgreicher Ausgang des Aufstandes nur durch den Übergang des Militärs auf die Seite des Volkes gesichert werden konnte. Das Militär aber, und selbst diejenigen

* Ibid. S. 16. ** Ibid. S. 143.

Regimenter, die unlängst rebelliert hatten, zeigten von vornherein keine Neigung, auf die Seite des Volkes zu treten. Schon am 23. (10.) Dezember empfingen die vorher in Rebellion befindlich gewesenen Soldaten des Kostomischen Regiments die Volksmassen am Tore ihrer Kaserne mit einer Flintensalve.* Inessen gab es am Anfang auch einzelne Fälle, wo die Truppen sich weigerten, auf das Volk zu schießen.**

Im Laufe der weiteren Entwicklung der Bewegung schlug die Stimmung unter den Soldaten in eine Erbitterung gegen die Aufständischen um. Stark wirkte unter ihnen die Agitation des „Schwarzen Hundert“, die in den Kasernen ununterbrochen betrieben wurde und einen fruchtbaren Boden in den unwissenden Massen der Soldaten fand. Die unglaublichsten Angaben über die Ziele und Aufgaben der Bewegung wurden unter ihnen verbreitet und fanden bei ihnen guten Glauben. Die Bevölkerung erschien den Soldaten aus lauter bewaffneten Gardisten zusammengesetzt. Die Agitation des „Schwarzen Hundert“ und der Widerstand der Gardisten versetzte sie in Wut und hegte sie zu bestialischer Roheit auf. Da sie infolge ihrer Unwissenheit und der Isolierung von der Bevölkerung in jedem Bürger einen verborgenen Revolutionär witterten, waren sie bereit, jeden Zivilisten als einen Feind zu behandeln. Dadurch erklärt sich bis zu einem gewissen Grade die bestialische Behandlung der Bevölkerung.*** „Ein Offizier des Kostomischen Regiments erzählt, wie schwer es war, die Soldaten vom Schießen auf wehrlose Volksmengen zurückzuhalten. Sie flehten: Gure Gnaden, erlauben Sie uns, auf die da drüben zu schießen!“† Nur infolge der Anwesenheit von Kindern und Frauen unter den Passanten gelang es dem Offizier, die Soldaten davon zurückzuhalten.

* Ibid. S. 199. ** Ibid. S. 43, 66 und 205. *** Ibid. S. 202.

† Ibid. S. 202.

Zu Anfang des Aufstandes verfügte der General Dubassow nur über wenige Truppen, da mehrere Regimente als unzuverlässig infolge der eben stattgefundenen Soldatenrevolten galten. Es standen in den ersten Tagen des Kampfes nur 1600 bis 1800 Soldaten aller Waffengattungen zur Verfügung.* Er lokalisierte daher die Barrikaden, räumte das Zentrum der Stadt und drängte die Barrikaden nach der Peripherie.

Das war alles, was sich in den ersten Tagen machen ließ. Die Barrikaden zu vernichten, war mit den wenigen Truppen nicht möglich, da es sich nicht allein um ihre Beseitigung handelte, sondern auch um die Besetzung der entsprechenden Stadtteile. Indem er aber die Barrikaden lokalisierte, machte er den weiteren Kampf für die Revolutionäre aussichtslos. Die Gardisten konnten sich wohl hinter den isolierten Barrikaden aufhalten und von dort aus die Truppen beschießen; doch konnte das keineswegs zu einem Siege führen, sondern vielmehr zur sicheren Niederlage des Aufstandes.

Am 28. (15.) Dezember vollzog sich eine bedeutungsvolle Änderung in dem Machtverhältnis beider Gegner. Die Gardisten wurden schwächer und erschöpfter, ihre Reihen lichteteten sich immer mehr. Dagegen nahm die Zahl der Truppen fortwährend zu, einerseits durch Zuzug von auswärts, andererseits dadurch, daß größere Teile der Moskauer Garnison, die vorher als unzuverlässig galten, zu den Operationen zur Unterdrückung des Aufstandes herangezogen wurden. Die Bevölkerung ermüdete, die Stimmung der Arbeitermassen war stark im Sinken begriffen, die Aussichten auf einen Sieg verschwanden.**

Zwei gleichzeitig entstandene und ebenso gleichzeitig wirkende Faktoren, ein negativer und ein positiver, kamen einander ergänzend entgegen und sicherten dem Dubassow den

* Ibid. S. 196. ** Ibid. S. 97.

Sieg. Einerseits vermehrten sich jetzt die Truppen und die Möglichkeit, nicht nur die Barrikaden hinwegzufegen, sondern auch die entsprechenden Stadtteile mit Patrouillen zu besetzen, war vorhanden. Andererseits waren Bevölkerung und Gardisten durch die Barrikadenkämpfe erschöpft, und was das Schlimmste war, von ihrer völligen Zwecklosigkeit überzeugt. Schon am Vorabend des 27. (14.) Dezember konstatierte die „Ortsgruppe“ (das Zentralkomitee der „Minderheitsfraktion“ der sozialdemokratischen Partei) eine Schwächung und Abnahme der Kampfstimmung, und angesichts dessen, daß ohne den Übergang der Armee zum Volke ein Sieg des Aufstandes ausgeschlossen sei, beschloß die „Ortsgruppe“, den Streik zu beendigen.*

Die Vertreter der „Minderheitsfraktion“ ließen jedoch diesen Beschluß in der Sitzung des Arbeiterdeputiertenrates am 28. (15.) Dezember nicht zum Ausdruck kommen, sie ließen sich von der kampfesfreudigen Stimmung des Rates hinreißen. Aber trotz dieser Stimmung des Rates konstatierte ein Referent in derselben Sitzung, daß die revolutionäre Stimmung der Arbeitermassen im Sinken begriffen, daß in mehreren Fabriken die Arbeit wieder aufgenommen sei. In den Berichten der Organisatoren der sozialdemokratischen Partei wurde ebenfalls die Abnahme der Begeisterung konstatiert und in manchen Stadtteilen (wie zum Beispiel im Samoskworesktrayon) eine massenhafte Flucht der Arbeiter zurück in ihre Heimatdörfer festgestellt. Bei dem besonderen Charakter des Kampfes, der schon am 24. (11.) Dezember zum Ausdruck kam, konnte sich kein anderer Ausgang ergeben. Die Massen, denen nichts übrig blieb, als passiv zu beobachten, wie die Gardisten ihren zwecklosen Kampf gegen die Truppen führten, konnten unmöglich von Begeisterung erfaßt werden; selbst der Enthusiasmus, der sie zu Beginn erfüllt hatte, mußte ihnen verloren gehen.

* Ibid. S. 143.

Die Bewegung näherte sich ihrem unvermeidlichen Ende. Die Bevölkerung selbst begann die Barrikaden hinwegzuräumen und am 28. (15.) Dezember beschloffen das Exekutivkomitee und das Moskauer Komitee, den Streik vom 1. Januar (19. Dezember) ab als beendet zu erklären. Dieser Beschluß wurde erst gefaßt, als eine ganze Reihe von Fabriken die Arbeit wieder aufgenommen hatten.

Eine sehr ausgedehnte Bewegung neben der Moskauer entstand in den Dezembertagen auch in den Moskau benachbarten Industriegebieten. Der Streik umfaßte eine ganze Reihe von Fabrikzentren, in vielen Ortschaften bildete sich ein Arbeiterdeputiertenrat, Kampfgruppen entstanden, und diese setzten sich in Verbindung mit den Soldaten. Die Eisenbahnstationen in diesen Fabrikortschaften befanden sich in den Händen der Kampfgruppen, die die Pflicht übernommen hatten, die Eisenbahnstrecken und Stationen vor eventuellem Raub und vor Schädigung zu beschützen. Der Eisenbahnverkehr, selbst der zum Zwecke von Militärtransporten, lag ganz in den Händen des Eisenbahnerverbandes.

Die Regierung beantwortete die Dezemberbewegung in Moskau und Umgebung, ebenso wie die der anderen Städte mit grauenhaften, unmenschlichen Exekutionen. Das Semenovsche Regiment, das aus Petersburg nach Moskau kommandiert wurde, übernahm den speziellen Auftrag, die Bevölkerung zu bestrafen. Es bombardierte den Stadtteil „Prestnja“, wo die Aufstandsbewegung am stärksten war und wo sie am längsten anhielt. Nachdem die Soldaten die „Prestnja“ überwältigt, viele Häuser und Fabriken durch Kanonenfeuer gänzlich demoliert und viele unbeteiligte und schuldlose Personen niedergeschossen hatten, begaben sie sich nach den benachbarten Eisenbahnstationen, um dort ebenfalls Strafexekutionen in ähnlicher Weise vorzunehmen.

Wir haben hier alle bedeutenden Tatsachen der Dezemberbewegung betrachtet, und wollen wir sie zusammenfassen, so müssen wir darauf hinweisen, daß wenn in einer Reihe

von Städten, wie zum Beispiel Moskau, Odeffa, Rostow im Dongebiet und anderen Orten, die Bewegung im Dezember viel intensiver war als im Oktober, so war dafür die Bewegung im Dezember in einer ganzen Reihe von Städten viel schwächer als im Oktober, nämlich in Petersburg, Charkow, Zekaterinoslaw und in ganz Polen. Der Eisenbahnerstreik wurde dort schwächer und nicht so einmütig durchgeführt, obgleich er aussichtsvoll und einmütig begann. Die intelligenten Berufe beteiligten sich jetzt viel weniger an der Bewegung als vorher, und die Großbourgeoisie verhielt sich zu ihr direkt feindselig. Im allgemeinen war der Dezemberstreik, trotz des Barrikadenbaus, der Zusammenstöße mit den Soldaten und der Okkupation vieler Städte und Stationen, viel schwächer als der Oktoberstreik. Es gelang ihm nicht, in einen bewaffneten Zustand überzugehen, obwohl das eigentlich sein Endziel und Zweck war. Dafür gab es aber an Grauel und Schrecken genug: Blut floß in Strömen, die wehrlose Bevölkerung wurde massenhaft niedergeschossen, ihr Hab und Gut geplündert, ihre Häuser angezündet und von Kanonenschüssen demoliert. Das alles mußte notwendigerweise im Gemüte der Bevölkerung die tiefsten Spuren zurücklassen und eine im höchsten Grade psychologisch ungünstige Grundlage schaffen für jeden künftigen Aufruf zur Erhebung.

Besonders aber war es dabei die von der Regierung unternommene bestialische Exekution gegen die Eisenbahnbeamten und Arbeiter, die blindlings durch die der Eisenbahnlinie entlang ziehenden Strafexpeditionen massenhaft erschossen wurden. Das gerade war es, was für die Zukunft jeden Eisenbahnerstreik ohne gleichzeitigen Aufstand, auf den er sich stützen könnte, unmöglich macht.

So kam es schließlich dazu, daß die Dezemberbewegung der Revolution die Möglichkeit beraubte, von ihrem bisher bewährten Kampfmittel, dem politischen Massenstreik, Gebrauch zu machen. Sie geriet in einen *circulus vitiosus*.

Für die besonderen russischen Verhältnisse ist daraus die Lehre zu ziehen, daß ein Aufstand am besten entstehen und gedeihen kann, wenn er gleichzeitig von einem Massenstreik begleitet und unterstützt wird, und andererseits bedarf ein Massenstreik, um gedeihen und sich fortentwickeln zu können, das gleichzeitige Bestehen und Gedeihen des Aufstandes.

Die Revolution wird schließlich auch diesen gordischen Knoten durchhauen, aber im Verlauf der künftigen Entwicklung der Revolution werden die Lehren der Dezemberriederlage ihren Eindruck auf das Volk nicht verfehlen.

VII.

Nach der Niederlage.

Nach der Niederlage des Dezemberaufstandes folgte das Jahr 1906, das schreckliche Jahr der Strafexpeditionen, der Kriegs- und Feldgerichte, der endlosen Hinrichtungen, der zügellosesten Willkür. In diese schwere, trübe Atmosphäre der Gewalt und Willkür drängte ein Lichtstrahl hinein: eine Volksvertretung stieg der Bureaucratie gegenüber auf und schien das Volk rings um sich zusammenzuschließen, um einen entschiedenen Ansturm auf die Macht der alten Gesellschaft zu unternehmen.

Aber diese Volksvertretung verschwand, ehe sie Zeit genug gehabt hatte, die Bevölkerung zusammenzuschweißen: Die Duma wurde auseinandergejagt, nachdem sie nur 72 Tage existiert hatte, und in Rußland setzte wiederum eine Grabesstille ein, die von Zeit zu Zeit nur durch die Salven der Massenhinrichtungen und durch vereinzelte Aktionen der Terroristen gestört wurde. Mitten in dieser Grabesstille vollzog sich eine ununterbrochene, wenn auch wenig bemerkbare Bewegung unter dem Proletariat, die Gewerkschaften wuchsen an, die durch die Revolution des Jahres 1905 errungenen Freiheiten ausnützend, die Massen des Proletariats schlossen sich in diesen Organisationen zusammen, soweit es die Willkür der Polizei nur zuläßt, und die klassenbewußten Elemente des Proletariats finden hier einen Boden, wo sie ihre Kräfte und Energie ausbilden können. Wird einmal der heutige Stillstand der Revolution in einen Revolutionsaufschwung umschlagen, so wird die stetige Arbeit dieses Zusammenschlusses des Proletariats zu gewerkschaftlichen Organisationen von großer Bedeutung für den künftigen Verlauf und die Entwicklung der Revolution sein; aber vorläufig hat der Geschichtsschreiber der russischen Revolution nichts darüber